

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für halbspaltige und gewöhnliche Zeilen und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Blockarbeit für die Sozialdemokratie!

Wenn der Block in die Brüche gehen wird, dann jedenfalls nicht an dem Freisinn und an der Volkspartei. Eingepreßt zwischen der starken Regierung und der starken Sozialdemokratie, ist der kleinbürgerliche Radikalismus in Deutschland noch kleinmütiger als der Liberalismus, wenn er auch in Wort und Gebärde ruppiger auftritt. Der Liberalismus, soweit er sich auf die Industrie stützt, weiß sehr gut, daß er eine Geldmacht darstellt; was er sich von der Regierung gefallen läßt, geschieht, weil er die starke Regierung braucht; ist es auch politische Feigheit, so steckt doch Berechnung dahinter. Der Gouvernamentalismus des Freisinn und der Volkspartei aber ist das Produkt von Angst und Ohnmacht. Sie wollen die starke Regierung nicht, sie haben ihr regelmäßig die Mittel ihrer Machterweiterung verweigert, und sie suchen diese starke Regierung auf, weil sie sich von Wahl zu Wahl vor dem politischen Untergang sehen. Sie wissen, daß sie auf anderem Wege nichts mehr zu erhoffen haben, sie haben das Vertrauen zu sich selbst verloren und sie werden an den Willkürherrschaften hängen bleiben, solange er sie nicht selbst abschüttelt.

Nicht der Freisinn, vielmehr die Tendenzen seiner eigenen Politik stehen dem Block im Wege.

Der Erfolg verpflichtet. Der Block, der gute Wahlen gehabt hat, möchte die dadurch geschaffene Stimmung ausnützen. Umso mehr muß er auch selbst der Stimmung der Öffentlichkeit Rechnung tragen. Allein der Geist der modernen Kultur ist liberal, das läßt sich nicht verkennen. Wenn auch der Genius der Zeit auf seinem Wege durch Deutschland recht still, allmählich wird, so kann man doch heutzutage durch eine reaktionäre Besinnung selbst in Ostelbien niemand mehr begeistern. Darum das allgemeine Gefühl, daß speziell auf dem Gebiete der Schule und der geistigen Freiheit Konzessionen an den Liberalismus gemacht werden müssen. Freilich bleibt dieser Willkür Liberalismus matt, reizlos und verbrauch, wie das Räucherwerk einer alten Kofette, aber die Sache hat ihre wichtige negative Seite. Das ist der sich verschärfende Gegensatz zum Zentrum.

Würde es sich um einen neuen „Kulturkampf“ Bismarckscher Art handeln, zu dem einzelne Liberale törichterweise die Regierung verleiten möchten, so wäre das Ergebnis sicher wieder eine Stärkung des Zentrums als oppositionelle Partei. Allein so stehen die Dinge nicht. Die Regierung rückt einfach vom Zentrum weg. Dieses muß seine gouvemenentalen Hoffnungen aufgeben, ohne dafür die Anrechte eines oppositionellen Martyriums einzutauschen. Es verliert dadurch den einen wie den anderen Stützpunkt seiner Demagogie.

Es wurde erwartet, daß der Uebergang von der Opposition zum Gouvernentalismus das Zentrum um seinen Einfluß auf die Massen bringen werde. Die Tendenz dazu stellte sich auch sichtbar ein, doch nur als Ergebnis einer komplizierten Entwicklung. Zunächst kam es dem Zentrum vielmehr auch in seiner Agitation zugute, daß es bei der Regierung gut in den Augen war. Die Weisheit, die Beamtenhaft, agrarische und sonstige kapitalistische Kreise zogen sichtbare Vorteile aus der Gunst der Regierung oder rechneten mit solchen. Aber selbst unter den breiten Volksmassen, sogar in katholischen Arbeiterkreisen, verstand es das Zentrum, Hoffnungen zu erwecken, daß es ihm durch seinen steigenden Einfluß auf die Regierung gelingen werde, politischen Nutzen zu stiften. Aber dieser Vorteil für die Arbeiterklasse blieb aus, dagegen wuchs die Belastung der Massen durch den gouvemenentalen Bewilligungseifer des Zentrums. So schwoll sein Schuldenkonto bei den Volksmassen immer mehr an, und nunmehr erweist sich auch die Spekulation auf die Regierung als eitle Illusion. Jetzt erst wird das Zentrum in vollem Maße seine gouvemenentalen Sünden büßen müssen.

Würde das Zentrum eine energische Wendung zur Opposition machen, so wäre es immerhin gedeckt. Allein das kann es nicht mehr.

Denn das Zentrum ist nicht eine Partei, sondern eine Vielheit von Parteien. Es gibt alle sozialen Widersprüche wieder, die das protestantische Deutschland in Parteien teilen. Die sozialen Gegensätze treten im katholischen Deutschland sogar schärfer hervor, als im protestantischen. Was diese verschiedenen Elemente einigt, war am wenigsten die Religion, mehr schon die Kirche als Organisation, am meisten — die Opposition. Daß der Katholizismus jedenfalls kein sicheres Bollwerk gegen den Sozialismus abzugeben vermag, das zeigt uns Frankreich, wie auch Österreich, wie auch Italien. Also daran konnte es nicht liegen. Die Sache verhielt sich umgekehrt: um seine kirchlichen Interessen wahrzunehmen, führte der katholische Clerus die oppositionelle Stimmung der Volksmassen ins Feld. Weniger stützte der Katholizismus die Opposition, als vielmehr die Opposition den Katholizismus. Das Zentrum wurde groß nicht als eine katholische, sondern als eine Oppositionspartei, wobei ihm allerdings der gewaltige organisatorische und Menschenapparat der katholischen Kirche und ihre geistige Autorität unermeßliche Dienste leisteten. In diese Opposition floß verschiedenes zusammen. Die um ihre Machterweiterung kämpfende katholische Kirche verstand es, für ihre Zwecke ebenjogut die Verdrossen-

heit der ausgebeuteten Arbeitermassen wie den Partikularismus der Kleinstaaten, wie die mannigfachen Gegensätze zwischen dem Rheinlande und Ostelbien auszunutzen. Nun zeigt aber die katholische Bevölkerung nicht bloß die gleiche Klassengliederung, sie macht auch die gleiche Entwicklung durch, wie das übrige Land. Das katholische Deutschland von heute ist nicht mehr daselbe wie zur Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes. Der Partikularismus ist so gut wie verschwunden, zwischen den Industriellen und Agrariern ist ein Pakt geschlossen worden, und jener Klassenegoismus, der zum Zusammenbruch aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie geführt hat, ist in den kapitalistischen Kreisen des Rheinlands sicher nicht geringer, als sonst im Reich. So sehen wir denn, wie sich im Zentrum drei Strömungen deutlich abzeichnen: die in den christlichen Gewerkschaften organisierten katholischen Arbeiter, die durch den Klassenkampf, den sie führen, immer mehr in die Zwangslage veretzt werden, sich dem revolutionären Proletariat anzuschließen, die kapitalistische Bourgeoisie, die die Blockpolitik zielbewußt mitmacht, und der hohe katholische Clerus, der offen und bedingungslos sich der Regierung anschließt.

Daß das Zentrum sich nicht zu einer Partei der katholischen Gewerkschaften entwickeln wird, darüber gibt man sich selbst in den Kreisen der katholischen Gewerkschaften keine Illusionen hin. Das Zentrum denkt auch gar nicht daran, seine Opposition zu verschärfen. Es treibt nur Kanzler-Opposition und, um diese zu unterstreichen, überbietet es sich erst recht in seinem Gouvernentalismus. Ein Gouvernentalismus ohne Bezählung, ein Gouvernentalismus ohne andere Ansichten, als die auf einen Fußtritt, kann niemand imponieren und muß die Volksmassen von sich stoßen.

Der Stimmzunwachs, den das Zentrum bei den Wahlen erhielt, war sein letztes oppositionelles Aufgebot. Da es aber keine Opposition mehr treiben will und die Regierung auf seine Liebesdienste verzichtet, so wird es seiner Entwicklungstendenzen beraubt. Wer mit der Regierung gehen will, geht mit dem Block; wer gegen die Regierung zu kämpfen hat, geht nicht mit dem Zentrum.

Mögen nun die Blockparteien damit rechnen, daß es ihnen gelingen wird, die Stimmen der katholischen Bourgeoisie zu erlangen, oder einfach, daß sie sie stets werden majorisieren können, so reflektieren sie doch kaum auf die Arbeiterwähler des Zentrums. Wenn die katholischen Arbeiter einmal anders als Zentrum wählen, so wählen sie nicht konservativ und nicht liberal, sondern sozialdemokratisch.

Der Block hat nicht mehr viel Arbeiterstimmen zu verlieren. Das fördert seinen Zusammenhalt. Wohl aber hat das Zentrum Arbeiterwähler abzugeben. Alles, was zur Zerstückelung des Zentrums führt, zur Minderung seines Ansehens, kommt deshalb uns zu statten.

Des Kanzlers Appell an die Geduld der Christen!

Des Reiches Kanzler hat gnädigst geruht, die Abordnung des christlichen Arbeiterkongresses zu empfangen, ihre durch Herrn Wehrens vorgetragenen Wünsche entgegenzunehmen und dann selbst mit einigen nichtsagenden Redensarten und halben Versprechungen zu antworten.

Herr Wehrens forderte namens des Kongresses Sicherung und Ausbau der Koalitionsfreiheit und auch für die Staatsbediensteten die Organisationsfreiheit, wenn auch ohne Streikrecht; besseren Arbeiterschutz in den gesundheitschädlichen Industrien, Sonntagsruhe und Schutz der Arbeiterinnen. Fürst Bülow gab seiner Freude Ausdruck, daß die von der Delegation vertretenen Arbeiter ihre „christlich-nationale und monarchische Gesinnung“ bekundet und sich dadurch auf den Standpunkt der „Solidarität mit den anderen Ständen“ gestellt hätten. Er versicherte, daß die Sozialpolitik „nach dem Willen des Kaisers“ fortgeführt werden solle. Sei der Fortschritt auch nicht so rasch, wie ihn die Arbeiter wünschten, so möge man bedenken, daß die Regierung „die Interessen aller Stände“ wahrzunehmen habe. Er selbst werde das Reichsvereinsgesetz und Arbeitskammergeßez möglichst zu fördern suchen, auch liege ihm die Sonntagsruhe „sehr am Herzen“. Auf die Verhältnisse in der Großen Eisenindustrie sei durch die Verhandlungen des Reichstags im Frühjahr „die Aufmerksamkeit gelenkt“ worden.

Man sieht: so bescheiden die Wünsche der Christen waren, Bülows Antwort blieb selbst hinter den bescheidensten Ansprüchen zurück!

Halbwegs positive Zusagen hat Bülow nur in bezug auf das Vereinsrecht und die Arbeitskammern gemacht. Wie aber diese Gesetze aussehen werden, darauf kommt es ganz allein an! Enthält das Vereinsgesetz auch nur das Verbot fremder Sprachen, so ist es nichts als ein neues Ausnahmegesetz, nicht nur

gegen die Polen, sondern gerade auch gegen die Gewerkschaften, denen ihre Aufklärungs- und Organisationsfähigkeit unter den ausländischen Lohnbrüdern außerordentlich erschwert wird! Und die Arbeitskammern sollten ja seinerzeit auf das Gewerkschafts-Angebot eingetreten werden! Aber selbst wenn nichts gegen die Organisation der Arbeitskammern einzuwenden wäre, so verdient doch bemerkt zu werden, daß ihre Schaffung bereits 1878 — vor dreißig Jahren! — von der Sozialdemokratie beantragt worden ist!

Für das Tempo unserer Sozialpolitik ist es ferner kennzeichnend, daß Bülow eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen in Aussicht stellt, während schon vor 17 Jahren diese Forderung erhoben wurde und bereits 1904 die Gutachten der Gewerbeinspektoren die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für die Frauen empfahlen. Wie viele Jahre Karenzzeit jetzt noch die Regierung für sich in Anspruch nimmt?!

Höchst unbestimmt waren auch Bülows Äußerungen über die Bekämpfung der Mißstände in der Großen Eisenindustrie. Und daß hier aus sozialhygienischen Gründen ein sofortiges gesetzgeberisches Eingreifen notwendig wäre, hat doch jene Denkschrift über die Lage der Hüttenarbeiter Deutschlands bewiesen, die Anfang dieses Jahres vom Deutschen Metallarbeiterverband herausgegeben worden ist. Sie enthält so fürchtbares Material über unglaublich lange Arbeitszeiten, unerhörte gesundheitliche Mißstände usw., daß hier sofort etwas geschehen müßte!

Aber Bülow fordert die Christen auf, Geduld zu haben. Geduld nach der langen vollständigen Stagnation der sozialen Gesetzgebung Deutschlands!

Freilich, der Kanzler spekuliert ja auf die „christliche Langmut der christlichen Arbeiter. Er rechnet mit der „Solidarität“ dieser Arbeiter mit den Ausbeuterchristen!

Diese Ausbeuterchristen besitzen ihrerseits keineswegs diese christliche Tugend der Geduld. Sie mögen von Solidarität, die sie etwas kostet, die ihren Profit mindert, nichts wissen! Als sich Graf Posadowsky, gewiß alles eher als ein sozialpolitischer Draufgänger, im März dieses Jahres gegen den Schachtmacher Camp wandte, ließen die Organe der Großen Eisenindustrie während gegen ihn Sturm, indem sie ihn in Gegensatz zum Fürsten Bülow zu bringen suchten. Sogar der „Reichsbote“ schrieb damals über diese Hege gegen Posadowsky (Nr. 58 vom 8. März 1907):

„Dem Grafen Posadowsky ist wenig Dank dafür geworden, das agrarische Lager und der Bund der Industriellen sehen heute in ihm nur den verhassten Förderer der Sozialpolitik, und heftige verbitternde Angriffe werden gegen ihn gerichtet; keiner aber von denen, die ihm in den Tagen des Zolltariffkampfes so laut zustimmten, findet ein Wort der Verteidigung.“

Die Schachtmacherhege gegen Posadowsky hat gewirkt: Posadowsky ist in der Verlenkung verschwunden und eine politische Kull ist an seine Stelle getreten. Da hat es freilich seinen guten Sinn, wenn Bülow an die „Solidarität“ der christlichen Arbeiter mit den Unternehmern und ihre christliche Geduld appelliert!

Der Prozeß der Unsichtbaren.

Es ist eines der charakteristischen Merkmale des Prozeßes Rolke-Harden, daß so viele der aristokratischen Zeugen, deren Namen in den Beweisunterlagen der Parteien figurieren, den Gerichtssaal sorgfältig meiden. Und der Mann, dessen Erscheinen Herrn Harden wertvoller wäre als das hundert anderer Zeugen, der Fürst Philipp Eulenburg kammert sich ans Krankenbett, um nicht vor der Öffentlichkeit seinem Verfolger Rede stehen zu müssen. Er, dessen Name fortwährend genannt wird, der als das Haupt der Kamarilla das eigentliche Ziel der Hardenschen Pfeile war und ist, kann den Weg in den Gerichtssaal nicht unternehmen, nachdem er den Weg nach Berlin gefunden. Er verbirgt sein Angesicht vor dem Zeugen, den ihm das Gericht ins Haus sendet. Er will unsichtbar bleiben vor der Öffentlichkeit, in der sein Name jetzt einer der meistgenannten ist.

Das war die Sensation der Freitagssitzung. Sonst kam das tausendköpfige Ungeheuer Publikum, das im kleinen Schwurgerichtssaal in drangvoll fürchterlicher Enge ansäht mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, kaum auf seine Kosten. Allerdings hat sich Harden einige Male bemüht, die endlose Wiederholung der Beweisunterlagen, die Repliken und Dupliken durch kleine Privilarien im Geldstile zu würgen. Aber das steht ihm so ganz und gar nicht, so daß ein ungemischter Genuß nicht erzielt wird. Wer tragischen Tones verächtlich: „Ja bin zu Ende“, der darf sich nicht hinterher wieder mit ungeminderter Fische auf den Gegner stürzen.

Die endlose Wiederholung der Beweisunterlagen ist ein weiteres Moment, das diesen Prozeß auszeichnet. Angeblich wurde eine Anzahl von Beweisen, erhoben wurden nur wenige. Aber was nicht Gegenstand der richterlichen Beweisaufnahme wurde, das wurde wenigstens in dem Redebuell zwischen den Parteien möglichst breit und spezialisiert vorgetragen. Denn nicht bloß aufs Gericht, auch auf die Öffentlichkeit soll gewirkt werden. In diesem Redebuell nahm gestern auch der Privatkläger größeren Anteil als zuvor. Der schlechte Stand seiner Sache hat seine Energie aufgerüttelt und läßt ihn seine Abneigung gegen öffentliches Reden überwinden.

Graf Kuno v. Moltke hat Anspruch auf ein gewisses Maß von Bedauern. Er ist das Opfer seiner Freunde, ein Mann mit manchen sympathischen Zügen. Keiner von den Schlimmsten seiner Klasse. Um so schlimmer freilich für diese! Sie muß es in den Kreisen der Aristokratie aussehen, wenn schon ein Mann wie Graf Moltke, dessen ästhetische Bildung das Durchschnittsmoß seiner Standesgenossen weit überragt, eine Frau, seine Frau so zu behandeln gewagt hat, wie es dieser Prozeß ergeben hat. Und wie muß die Behandlung der Frauen in diesen Kreisen vielfach sein, wenn die einstige Gattin dieses Mannes ein Weiterleben an seiner Seite nicht als völlig unmöglich empfand. Bismarck hat einmal gesagt, daß der Deutsche nur gegen seine Frau grob zu sein wage. Er hat offenbar mancherlei in den Kreisen seiner Mitunter gesehen, was ihn zu solchen Aussprüche veranlaßt. Und diese Punkterliste ist, diese Gesellschaft hochmütiger Gewaltthäter, die vom deutschen Volke angestaunt sein will als die Blume edler Ritterlichkeit, die sich ausbietet als die Hüterin und Bewahrerin christlich-germanischer Sittlichkeit und hehrer Kulturgüter gegen die umstürzlerischen roten Barbaren. Junker sind, die da am lautesten zetern, deren journalistische Schildkräpchen mit und ohne weiße Beiten am fanatischen rasen über die „freie Antastung“ der Fundamente des christlichen Staates, der Ehe und des Glaubens, die sich auch hartnäckig stemmen gegen die Versuche, von den unglücklichen Homosexuellen das Demoskopswert des § 175 zu nehmen.

Ueber die Materie, die dieser Paragraph behandelt, gab eine instruktive Vorlesung. Das Gutachten des Sachverständigen Dr. Magnus Hirschfeld war eine Oase in dieser Wüste des Schmutzes. Eins, was Garden in diesem Prozeß wollte, hat er erreicht. Die Wissenschaft gab ihm Recht in seiner Behauptung, daß Graf Moltke homosexuell sei. Aber sein höheres Ziel, sie als Gidehelfer heranzuziehen für seine Behauptung, daß sein Kampf um die Entfernung Homosexueller aus der Umgebung des Kaisers politisch gerechtfertigt sei aus der Tatsache, daß die von ihm Bekämpften Homosexuelle, dieses höhere Ziel erreichte er nicht. Ein glattes Nein ward ihm vom Sachverständigen zur Antwort. Hier ward ein unparteiisches Gutachten erstattet.

Um so mehr noch der zweite Gutachter Dr. Mezger ab. Er hat dem Kläger einen Vordienst erwiesen und sich selbst unmöglich gemacht. Garden feierte einen billigen Triumph — der Kläger hatte wieder eine Stellung verloren. Und die Vernehmung des Grafen Hülsen hatte daselbe Resultat.

Dann kam der große Strich des Gerichts durch den unförmlichen Wust der Beweisanträge. Die Beweisaufnahme ward geschlossen und heute soll plädiert werden. Der Vorhang soll fallen über diesem Schauspiel grauenvollen Schmutzes.

Draußen harret wieder die neugierige Menge. Sie heftet sich den „Berühmtheiten“ des Prozesses an die Sohlen und feiert den „Helden“. Ein Schauspiel, kaum weniger widerwärtig und fast noch trauriger, als das im Gerichtssaal.

Marokko.

In allen Lagen haben Muley Hafid unglückselige zwei Abgesandte nun vergebens geklopft. Keine öffnete sich: Frankreich und Spaniens einmütige Erklärung, einzig und allein Herrn Abdul Afis als Sultan anerkennen zu wollen, verweigerte dem „anderen“ alle Pforten, alle Tore; denn auch die Signalamächte rüdten so gleich von Muley Hafid ab.

Der Sultan, dem die Gnadenjonne Frankreich-Spaniens lacht, hat doppelt gemennetes Spiel. Abgesehen davon nämlich, daß sein Gegen-Präsident aller Rückendeckung beraubt ist, wird ihm, dem glücklichen Abdul Afis, nun natürlich das wichtigste zuteil: Geld! Geld!! Ob nun Frankreich selber oder eine französische Bank die Moneten hergibt, das ist schließlich nur eine Formfrage, jedenfalls steht jetzt soviel fest: Abdul Afis wird nicht nur „moralisch“, sondern auch materiell gebet.

Daß Muley Hafid nicht ohne weiteres gute Miene zu dem für ihn so bösen Spiel machen würde, war vorauszusehen. Und so ist er denn — wenn die Nachrichten nicht trügen — schon sofort zur Offensive übergegangen, wie folgendes Telegramm zeigt:

London, 25. Oktober. Blätternachrichten aus Gibraltar zufolge, hat Muley Hafid gestern Abend einen Angriff auf Mogador gemacht. Die Kriegsschiffe „Admiral Kube“ und „Desaix“ eröffneten Feuer und brachten den Angreifern schwere Verluste bei. Ueber 1000 Mann der Armee des Sultans Abdul Afis wurden von dem dort eingetroffenen Truppentransportdampfer „Artois“ sofort als Verstärkung der Garnison gelandet.

Die Parlamente — das französische sowohl wie das spanische — dringen auf Regierungserklärungen zum Stand der Dinge in Marokko. Die spanische Regierung will demnachst ein Motbuch veröffentlichen, die französische hat ein Gelbuch in Vorbereitung, über das der „Zeit Parisien“ bereits folgende Einzelheiten ausplaudert:

Aus den zehn in diesem Gelbuch veröffentlichten Schriftstücken geht hervor, daß die Regierung in der Tat eine zielbewusste Politik verfolgt habe, nämlich: Herstellung der Ordnung, Bestrafung der Mörder der französischen Staatsangehörigen und dabei genaue Beobachtung der Akte von Aggression. Das Gelbuch werde zeigen, unter welchen Umständen die Reise des Sultans Abdul Afis nach Rabat und die Mission des Befandten Regnault erfolgt sei, sowie daß Abdul Afis, der das Recht und die Gerechtigkeit für sich habe, von Frankreich gegen Muley Hafid finanziell unterstützt wurde: Dem Sultan seien von Frankreich für seinen unmittelbaren Bedarf 2 000 000 Franc vorgestreckt worden. Selbstverständlich sei dafür Sorge getragen, daß von diesem Geld kein schlechter Gebrauch gemacht werden könne. In der Zusammenkunft zwischen dem Sultan und General Liautey sei vereinbart worden, daß die Polizei an der algerisch-marokkanischen Grenze in der im Jahre 1901 vorgesehenen Weise organisiert werden solle und daß die französischen Truppen bei der Verfolgung der Räuberbanden auf marokkanischem Gebiete von einer gemischten Polizei unterstützt werden, deren Kadres aus Franzosen bestanden. Die Ergebnisse der Mission Regnault-Liautey seien Ueberwachung des Zollwesens und die Abmahnung, daß die Waballa des Sultans Abdul Afis in Begleitung eines französischen Offiziers in Casablanca eintreffen soll, sowie daß damit dem Einflusse des Raschens auch im Gebiete von Abdaha die Ruhe wieder einströmen werde.

Inseer französischen Genossen beginnen von neuem, in lediger Weise Proteste wider die Politik der Regierung zu entfachen, wie folgendes Telegramm beweist:

Paris, 25. Oktober. Gestern Abend fand ein großes Protestmeeting gegen den marokkanischen Feldzug statt. Die Versammlung war einberufen von den sozialistischen Verbänden des Departements der Seine. Ueber tausend Personen wohnten der Versammlung bei. Die Abgeordneten Bailant, Dejeante und Rouquet hielten Ansprachen und bekämpften in energischen Worten den Marokko-Feldzug, der Frankreich nur Gefahren ansetze und zu einem europäischen Konflikt führen könne. Die Redner wiesen sodann auf die Notwendigkeit hin, daß das Proletariat in

Zukunft in allen auswärtigen Angelegenheiten eine Rolle spielen müsse, um die Möglichkeit bewaffneter Konflikte zwischen den Nationen mehr und mehr zu verringern. Eine entsprechende Tagesordnung, die sich auch auf die vom Stuttgarter Kongreß getroffenen Beschlüsse stützt, wurde angenommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober 1907.

Das regierungsfremde Zentrum.

Die ganze Hoffnung derjenigen Freisinnigen, die nicht wie die Fischbeck, Kopsch und Wiemer nur ihre Eitelkeit befriedigen wollen, sondern noch liberale Zustände von der Blokopolitik erwarten, beruht bekanntlich darauf, daß Fürst Bülow die Liberalen nicht entbehren könne, da er mit dem Zentrum nach der Reichstagsauflösung doch nicht mehr zusammen arbeiten könne. Diese Hoffnung ist schon deshalb trügerisch, weil Fürst Bülow wirklich nicht unerfährlich ist und es keinem Zweifel unterliegen kann, daß, selbst wenn er wollte, die Konservativen ihm eine liberale Politik nicht erlauben würden. Aber auch das Zentrum ist durchaus nicht unversöhnlich; im Gegenteil, es scheint nur mehr das eine Ziel zu kennen, möglichst rasch wieder Regierungspartei zu werden.

Dafür sprechen eine ganze Reihe von Symptomen. Die Zentrums-Presse hat die ganze Zeit versucht, den Konservativen vor einer liberalen Kern, von der sie sehr gut weiß, daß sie nicht existiert und nie beabsichtigt war, graulich zu machen. Sie hat sorgfältig alles vermieden, was den Konservativen unangenehm sein könnte. Sie hat vor allem den Konservativen dadurch den größten Dienst geleistet, daß sie in der preussischen Wahlrechtsfrage nichts getan hat. Vielmehr scheint die Zentrumsleitung alles darauf anzulegen, ihren gubernementalen Flügel zu stärken, den demokratischen zu schwächen. Einerseits scheint es mit Herrn Erzbergers Einfluß vorbei zu sein, und Herr Vallestrem hat auf dem kürzlich stattgefundenen schlesischen Zentrumsparteitage Andeutungen gemacht, die nur so gedeutet werden können, als solle Herr Erzberger, der um den „Diebstahl“ der Keim-Briefe angeblich getrauert haben soll, aus der Partei ausgeschlossen werden. Andererseits sucht das Zentrum das aristokratische und unbedingt regierungsfreundliche Element dadurch zu vermehren, daß an Stelle des verstorbenen Dasbach der Erbprinz von Döwenstein-Neubach, der Sohn des langjährigen Vorsitzenden des Ratholikentages, kandidiert wird.

Aber auch die letzten liberalen Hoffnungen müssen dadurch vernichtet werden, daß hervorragende Führer des Zentrums auf dem schlesischen Parteitage rund heraus erklärten, daß für das Zentrum auch die Person des Fürsten Bülow durchaus kein Hindernis sein wird, wieder Regierungspartei zu werden. So sagte Graf Prashma:

„Wenn gesagt wird, das Zentrum wolle nicht mehr mit dem Fürsten Bülow zusammen arbeiten, und verlange den Sturz desselben, so ist das absurd. Die Person des leitenden Staatsmannes kann für die Politik des Zentrums gar nicht maßgebend sein. Denn es macht eine Politik niemand zuliebe und niemand zuwider, eine sachliche, keine persönliche Politik. Wenn die Politik des jetzigen Reichskanzlers, so sehr das Zentrum auch das Vertrauen zu ihm verloren hat, den christlich-konservativen Grundfragen entspricht, so würde sie trotz allem wieder vom Zentrum unterstützt werden, denn es ist seine Pflicht, treu mitzuarbeiten für Kaiser und Reich, und es läßt sich von keinem in der Liebe zum Vaterlande überreffen.“

Im selben Sinne sprach auch Dr. Borsch. Da nun tatsächlich „christlich-konservativ“ regiert wird, ist damit die Bedingung des Grafen Prashma schon gegeben. Und in der Tat macht das Zentrum heute schon Regierungspolitik. Nur so ist es erklärlich, daß für das Zentrum die Wahlrechtsfrage ansehnend gar nicht existiert, daß es für diese Programmforderung nicht viel mehr übrig zu haben scheint als die Freisinnige Volkspartei. Um so wichtiger wird es sein, die Zentrumsarbeiter vor die preussische Wahlrechtsfrage zu stellen!

Die Ausflucht abge schnitten.

Herr Dr. Warth antwortet heute im „Berliner Tageblatt“ auf die famose Beschuldigung des „Parteierrats“, verübt durch sein Bestreben, die Freisinnigen für die preussische Wahlreform ins Feuer zu bringen. „Geheimnistämerei“, sagt Warth, „im politischen Leben ist an sich schon lächerlich, doppelt aber für demokratische Parteien. Der Verrat einer Tagesordnung ist ein angezeichneter Stoff zu Scherzen in Witzblättern, aber kein ernsthafter Gegenstand der Entrüstung für die Vertreter demokratischer Anschauungen.“

Uebrigens sei sein Vorschlag auf Vorlegung eines Notgesetzes ohne weiteres mit einem Antrag auf Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu verbinden. Beide Aktionen verträgen sich ausgezeichnet miteinander:

„Das Reichstagswahlrecht für Preußen ist zu verlangen; seine schleunige Einführung ist ein dringendes Postulat aller freisinnigen Parteien. Die Einführung der geheimen Stimmabgabe, weit entfernt davon, einen Verzicht auf das Reichstagswahlrecht für Preußen zu bedeuten, ist, wie es schon in dem Vortrage eines Notgesetzes liegt, nur eine erste vorbereitende Handlung für jede ernsthafteste Reform des elendesten aller Wahlsysteme. Daß durch ein solches, wohlverstanden von der Regierung vorzulegendes Notgesetz, der Weg zu weiteren und nicht minder wichtigen Änderungen des preussischen Wahlrechts auf Jahre hinaus verlegt werde, wie es die „Freisinnige Zeitung“ glauben machen will, ist danach eine völlig haltlose Voraussetzung. Sehr begründet ist dagegen die Befürchtung, daß, wenn erst einmal unter dem Schutz der öffentlichen Stimmabgabe die Segner jeder ernsthaften Wahlreform bei den bevorstehenden Landtagswahlen in aller Stärke in das Abgeordnetenhaus zurückgekehrt sein werden, abermals auf Jahre hinaus die Wahlreform unter allerlei Ausflüchten auf die lange Bank geschoben werden wird.“

Selbstverständlich würde mein Vorschlag nur dann wirksam werden, wenn Fürst Bülow den Einbruch bestimme, daß die Freisinnigen sich in bezug auf die Wahlrechtsreform nicht länger mit leeren Redensarten abspäßen lassen wollen; daß deshalb seine Blokopolitik auf die Unterjüngung der Freisinnigen nicht weiter zu rechnen habe, wenn er nicht geneigt sei, wenigstens diese geringe Abschlagszahlung zu leisten. Nichts lag deshalb näher, als die geplante Frankfurter Demonstrationssammlung zum populären Resonanzboden einer solchen Forderung zu machen.“

In der Tat, damit muß jetzt auch die „Freis. Ztg.“ zufrieden sein: Warth befriedigt sehr entgegenkommend beide Standpunkte, die die Freisinnige Volkspartei in der Wahlrechtsfrage je nach Bedarf verteidigt. Das Notgesetz entspricht dem Standpunkt Fischbecks zur Zeit des Parteitags, die Forderung des gleichen Rechts dem gestrigen von der „Freis. Ztg.“ eingenommenen. In Wirklichkeit ist damit bis zur völligen Klarheit bewiesen, daß die Ausreden der „Freis. Ztg.“ und ihre Berufung auf geheimnisvolle taktische Pläne nichts als Schwindel sind. Die Freisinnige Volk-

partei macht die Sache ja auch plump genug. Fordert man von ihr das Eintreten für das gleiche Recht, so erklärt sie, um Gottes Willen und des Volkes Willen nur nicht alles auf einmal. Wie werden froh sein, das geheime und direkte Wahlrecht durchzuführen. Verlangt man dann den Kampf für das geheime Wahlrecht, so erklärt sie feierlich, sie verlange ja das gleiche Recht. Wen wollen denn diese Einfallsprinzel damit täuschen? —

Der schmutzgelbe Dertel!

Der arme Freisinn wird von der „Deutschen Tageszeitung“ nicht übel verhöhnt. Dem Freisinn wird — Konsequenz nachgeräumt, denn da er doch völlig ohnmächtig sei, sei es nur folgerichtig, wenn er diese Ohnmacht dadurch beweise, daß er gleich alles verlange, wie es die „Freis. Ztg.“ jetzt auf einmal in der Wahlrechtsfrage tun will, und nicht nur ein Notgesetz. Anträge könne er stellen, soviel er wolle, angenommen werden sie jedoch nicht, und wenn auch nur das geheime Wahlrecht allein gefordert würde. Und

„selbst wenn der Antrag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe eine knappe Mehrheit erreichen sollte, so würde die Regierung nicht darauf eingehen können. Die sämtlichen Anträge können also nur den Zweck haben, daß der Schein oder, wie das geflügelte Wort sagt, das Gesicht gewahrt werde. Dieser Zweck wird aber besser erreicht durch den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts, als durch den auf Einführung der geheimen Stimmabgabe. Deshalb ist der Standpunkt der „Freisinnigen Zeitung“ unabweisbar konsequenter.“

Also hier wird gegenüber den verzweifelt Ausreden der braven Freisinnigen ausdrücklich bestätigt, daß die Herren von den Anträgen stellen, „das Gesicht wahren“ dürfen, im übrigen aber zu sorgen haben, daß Justiz und Regierung nicht unnötig belästigt werden.

Waschenswert aber ist es, daß Fürst Bülow sich ja gegenüber Herrn Dertel bereits verpflichtet zu haben scheint, in der preussischen Wahlrechtsfrage absolut keine Zugeständnisse zu machen. Man sieht, die Liberalen haben allen Grund, sich über die Vordere-Verträge so vorsichtig auszusprechen und sich über Indiskretionen so zu entsetzen. —

Freisinnige Brüderlichkeit.

Was das Organ des Herrn Wiemer sich nicht zu sagen getraut, spricht die „Dresdener Zeitung“, das reaktionärste freisinnige Blatt deutlich aus. Sie spricht von der „nationalsozialen Gruppe“ (Warth war nie nationalsozial!), die in das „Berliner Tageblatt“ und — es ist wirklich zu bloß — in die sozialdemokratische Presse aufstellte und geschäftige Nachrichten gelangen lassen.

„Die bestimmt sind, die öffentliche Meinung irre zu führen und die Politik der vereinigten linksliberalen Parteien zu diskreditieren. Die deutlich erkennbare Nebenabsicht geht dabei dahin, in der politischen Welt die Ueberzeugung zu propagieren, daß der Liberalismus nur geheißen könne, wenn Dr. Warth sein Führer ist und wenn alles geschieht, was von diesem wirren Kopf, täglich wechselnd, als die richtige Taktik jeweilig angebeht wird.“

Das wird die Kopsch und Fischbeck nicht davon abhalten, in ihren Bezirksversammlungen den naiven Zuhörern zu verkünden, daß wir es sind, die Herrn Warth unausgesetzt beschimpfen! Uebrigens: wenn Herr Warth ein inkonsequenter Wirrwort ist und Fischbeck ein geschickter Taktiker oder prinzipientreuer Politiker, dann, aber nur dann, ist es Verleumdung, von dem Verrat der Freisinnigen Volkspartei zu sprechen! —

Ein reinigendes Gewitter?

Der fromme „Reichsbote“ stöhnt unter dem Eindruck des Moltke-Prozesses:

„Bei dem Lesen der Berichte über den Prozeß Moltke-Garden wird jeder Leser bedauern, daß die Verhandlungen in breiter Öffentlichkeit und nicht unter Ausschluß dieser Öffentlichkeit geführt werden. (??) Wir haben lange gefachelt, ob wir die Berichte abdrucken sollten. (1) Allein was nützt es, wenn das nur eine Zeitung nicht tut, und zur Streichung der anstößigsten Stellen im Bericht konnten wir uns deshalb nicht entschließen, weil gerade darin der Kern des ganzen Prozesses liegt, so daß derselbe unverständlich würde, wenn diese Stellen mit ihren ekelhaften Aeußerungen wegließen.“

... Aber wie dem auch sei, so abscheulich und widerwärtig auch das alles ist, was dieser Prozeß enthüllt, so ist er als ein öffentlich reinigendes Gewitter über die Gesellschaftskreise anzusehen, in welchen er spielt, und es ist gut, daß damit auch die jetzt so breit aufstrebende Agitation der Homosexuellen gerichtet wird. Ein solches Gewitter, welches die über uns liegende schwüle stilles Luft durchdringt und reinigt, tut dringend not, wenn wir nicht zu einem Sodom und Babylon werden sollen.“

Die Strafe von dem „reinigenden Gewitter“ ist doch selbst nur ein fauler Versuchungsversuch. Künftig wird man es in jenen Gesellschaftskreisen höchstens etwas vorsichtiger treiben! Die „Volkstzig.“ gibt ironisch der Hoffnung Ausdruck, daß, da doch der § 175 nun einmal besteht, nun wohl auch die Staatsanwaltschaft gegen die entworfenen Päderasten der höchsten Aristokratie vorgehen werde. Da wird sie lange warten können! —

Versammlungsfreiheit im Reichslande.

Die liberalen Beamten — das wollen sie wenigstens sein — der Kreisbehörden gehen im Versammlungswesen der Reichslande gegen die Sozialdemokratie gegenwärtig in recht kleinlicher Weise vor. Am Sonntag, den 20. Oktober, sollte in Waldgöfen i. Oberess, eine öffentliche Textilarbeiterversammlung stattfinden. Am Donnerstag, 17. Oktober, wurde die Anmeldung der Versammlung vom Genossen Gsell von Mülhausen nach Altkirch an die Kreisdirektion geschickt, die nach § 9 des Vereinsgesetzes über den Empfang sofort eine schriftliche Bescheinigung zu erteilen hat. Aber am Sonnabendmorgen 11 Uhr war die Bescheinigung noch nicht in Mülhausen eingetroffen und Genosse Gsell mußte abreisen, da er am Sonnabendabend noch eine Versammlung zu erledigen hatte. Weil nun Gsell in der Versammlung am Sonntag die Bescheinigung der Behörde nicht aufweisen konnte, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf. Und dabei erklärte der Beamte, daß die Bescheinigung, die er selbst in den Händen gehabt hätte, erst am Sonnabend zwischen 11—12 Uhr in Altkirch zur Post gebracht worden ist; er wisse auch, daß Herr Gsell als Einberufer der Versammlung vor ihm stehe. Er ging in seinem Eifer sogar soweit, einige Leute, die erst nach der Auflösung in das Lokal kamen, zu protokollieren, da sie den Saal nicht verlassen wollten, ja auf sein Verlangen mußte sogar der Wirt seine eigene Wirtschaft verlassen, obwohl noch einige Leute darin waren. Versammlungsfreiheit im liberalen Bloßzeit-

Oesterreich.

Der Sternberg.

Am Schlusse der Donnerstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses gab sowohl der Abg. Sternberg wie Genosse Schumeler eine Erklärung zu den Vorfällen am vergangenen Tage. Der Abg. Sternberg behauptete: das ihm per Post zugegangene Bild, das den Abg. Schumeler verhöhnt, habe im Saale die Stunde bei den Abgeordneten und auch bei den Sozialdemokraten gemacht. Nach der Sitzung sei er im Saal von sämtlichen Sozialdemokraten überfallen worden.

Schulmeister erklärte, er habe, um die Würde des Hauses zu wahren, dem Abgeordneten Sterberg nicht schon im Saale die gebührende Antwort gegeben, er glaube es aber seiner Ehre schuldig zu sein, als er ihn nach Schluss der Sitzung das Bild weiter demonstrieren sah, ihn zur Verantwortung ziehen zu müssen. Er habe dies allein getan, von einem Ueberfall könne daher nicht die Rede sein. Präsident Weichardt versicherte, er werde die Geschäftsordnung stets mit aller Energie handhaben, das Haus müsse ihn aber darin unterstützen. Er appelliere von neuem an das Haus, die Würde des Volksparlamentes zu wahren und es endlich zu einer stätigen und ernstlichen Arbeit zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Der Zwischenfall ist hiermit erledigt. —

Frankreich.

Für die Opfer der Ueberschwemmungen bewilligte die Deputiertenkammer ein st. m. m. g. 6 Millionen Franc.

Paris, 25. Oktober. Der Reserveleutnant Bisville, welcher sich unlängst weigerte, anlässlich einer Truppenparade die Regimentsfahne zu tragen, ist seines Offiziersranges verlustig erklärt worden.

England.

Reit Hardie über Indien.

Die „Daily Mail“ vom Dienstag enthielt eine längere Depesche von Reit Hardie über seine indischen Eindrücke. Er teilt mit, dass er im Laufe seiner Reise mehrere Deputationen von Mohammedanern, Hindu und Sikhs empfangen habe; ebenso sei er vom Vikar von Indien und von anderen Regierungsmitgliedern empfangen worden. Die meisten Nachrichten über Unruhen, Mordereien und Widersprechlichkeiten, die in den letzten Monaten aus Indien in die Welt geschickt wurden, seien der überhöhten Phantasie von Journalisten entsprungen. In Delhi wurde gegen die Erhöhung der Gemeindesteuern agitiert; die Regierung sah die Gerechtigkeit der Agitation ein und lehnte ihre Zustimmung zur Erhöhung der Steuern ab. Hardie konnte keine Spur von rebellischen Bewegungen entdecken; dagegen bedürfte das Treiben der unteren Polizeibeamten, die immer etwas Regierungsfeindliches entdecken wollten, der schärfsten Kontrolle von Seiten der höheren Beamten. Die Bewegung für Reformen sei gemäßig und loyal, aber es gebe auch extreme Elemente, die unbewusst dem Treiben der Polizei Vorschub leisten. Die Polizei sei durch und durch korrupt, und eine Regierung, die sich auf die Informationen dieser Leute stütze, müsse nach und nach dem Denken und Fühlen der Bevölkerung entfremdet werden. Die Erklärungen des Verfassungsvertrages seien überflüssig und deshalb schädlich. Man hoffe in Indien, dass die englische Regierung es nicht gestatten werde, die Bevölkerung auf Gnade und Ungnade der Polizei auszuliefern.

Die Hungersnot bedrohe 200 Millionen, Elend und Hungertod zehntausende von Menschen. England müsse eingreifen. Besser wäre die Resignation eines zwar tüchtigen, aber hartnäckigen Mitgliedes der indischen Regierung, als ein Land verzweifeln zu lassen.

Der letztere Satz der Depesche Reit Hardies bezieht sich — der allgemeinen Ansicht nach — auf Lord Rischener, den Generalgouverneur des indischen Reichs.

Finland.

Das Bäckergesetz.

Wie uns bereits telegraphisch gemeldet wurde, ist das Bäckergesetz vom finnischen Landtage nun endgültig angenommen. Damit hat der neue, auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für Frauen und Männer gewählte Landtag mit seinen 82 Sozialdemokraten ein wertvolles Stück sozialer Gesetzgebung geleistet, das vor allen den Bäckern, dann aber auch dem Volke zugute kommt, dessen wichtigstes Nahrungsmittel nun unter geordneten Arbeitsverhältnissen und im Lichte des Tages zubereitet werden muss.

Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sind, dass die Bäckereien nur in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen und dass nur während dieser Zeit gearbeitet werden darf. Die Arbeitszeit ist auf 48 Stunden die Woche festgesetzt. Ueberstundenarbeit ist zwar zugelassen, sie darf jedoch für den einzelnen Arbeiter 100 Stunden im Jahre nicht übersteigen. Ausnahmsweise kann auch Nachtarbeit ausgeführt werden, jedoch in höchstens zehn Nächten im Jahre. Für Ueberstundenarbeit muss dem Arbeiter ein Zuschlag von mindestens 50 Prozent zu seinem gewöhnlichen Lohn gegeben werden. Das Kost- und Logiswesen im Bäckergewerbe wird durch folgenden Paragraphen beseitigt: „Sein Lohn wird den Arbeitern in Geld auszahlt und nicht in Form von Wohnung oder anderen Lebensbedürfnissen.“

Diese wie die übrigen guten Bestimmungen des Gesetzes, die Abschaffung der Nachtarbeit, die Beschränkung der Arbeitszeit auf 48 Stunden sind selbstverständlich vor allem der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken. Bürgerliche Abgeordnete hatten z. B. 5 1/2 stündige Arbeitszeit vorgeschlagen; der vom Genossen Taino eingebrachte Antrag auf den Achtstundentag oder die 48 stündige Arbeitswoche, die namentlich auch von dem Genossen Dr. Ursin in einer tüchtigen Rede verteidigt wurde, siegte aber mit 105 gegen 83 Stimmen. —

Persien.

Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Raffie el Mull, Präsidium und Finanzen, Sani ed Daul, Inneres, Muzir el Mull, Aussenw., Kucheres, Muzhir es Salkaned, Justiz, Mustafi Kemali, Krieg, Noatim el Mull, Handel, Muhandis el Kemali, Vergbau, Rahir el Mull, Unterricht.

Amerika.

Zur Eisenbahnfrage. Die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse in den Vereinigten Staaten ist seit einigen Jahren so ins Große gewachsen, dass die Eisenbahnen nicht mehr Schritt zu halten vermochten und den an sie gestellten Ansprüchen nicht mehr genügten. Im Osten, wo sich die am besten eingerichteten Bahnen befinden, gibt es zeitweilig ganze Streckenblockaden. Im Nordwesten herrschte letzten Winter Strohnot, weil die Bahnen nicht genug Kohlen heranschaffen konnten. Hill, einer der hervorragendsten Finanziers im Eisenbahnwesen, erklärte vor einiger Zeit, es seien wenigstens 5000 Millionen Dollar nötig, um die amerikanischen Eisenbahnen auf den Stand zu bringen, der sie befähige, den jetzigen Anforderungen des Verkehrs zu entsprechen. Da muss also die Regierung helfend eingreifen. — In unserer amerikanischen Parteipresse wird dazu bemerkt, dass sich darüber reden ließe, wenn die Regierung für ihre Darlehen die erste Hypothek auf die Bahnen bestimme und das Geld unter Aufsicht der Bundesregierung zur Verwendung gelange. Die Eisenbahnen sollen angeblich 17 Milliarden Dollar wert sein. Wenn die Regierung erst einen bestimmten Einfluss gewinne, könnte sie auch über kurz oder lang in den Besitz der Bahnen kommen — in aller Ruhe und Selbstverständlichkeit.

Die Bahnmagneten erklären, dass sie trotz starker Anforderungen gegenwärtig eine Einschränkungspolitik üben müssten aus Mangel an verfügbarem Geldern, wahrscheinlich aber auch aus Rache gegen den Erlaß des Bundes-Eisenbahngesetzes und der in letzter Zeit gegebenen, ihnen sehr unangenehmen Eisenbahngesetze der verschiedenen Staaten.

Soziales.

Das Berliner Kaufmannsgericht für ein Ausnahmengesetz gegen die Handlungsgehilfen.

Der Ausschuss des Kaufmannsgerichts zu Berlin hat am 17. Oktober 1907 einen Antrag beschlossen, dem § 70 des Handelsgesetzbuches folgenden Zusatz zu geben:

„Erfolgt die widerrechtliche Auflösung des Dienstverhältnisses seitens des Handlungsgehilfen, so ist dieser, wenn nichts anderes vereinbart ist, zur Zahlung einer Strafe an den Prinzipal in Höhe desjenigen Gehaltes, welches bis zur vertraglichen oder gesetzlichen Beendigung des Dienstverhältnisses ausgenommen sein würde, verpflichtet. Mit ihm haftet als Gesamtschuldner der neue Prinzipal, sofern er von dem Sachverhalt Kenntnis hatte. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden. Durch ihre Geltendmachung wird der Anspruch auf Erfüllung des Vertrages und auf weiteren Schadenersatz ausgeschlossen.“

Dieser ungeheuerliche Vorstoß für ein Ausnahmengesetz gegen Handlungsgehilfen kam dadurch zustande, dass der Vorsitzende, Magistratsrat Tschow, sich dem Begehren der Gesamtheit der Arbeitgeber anschloß.

Unser Zivilrecht kennt keine Buße, keine Strafe für Vertragsbruch. Ein Kaufmann, der seine Warenrechnung nicht bezahlt, ein Leutnant, der seine Weinrechnung unerledigt läßt, ein Hausbesitzer, der die Hypothekenzinsen rückständig werden läßt, ein Handlungsgehilfe, der das fällige Gehalt unbeglichen läßt, kann lediglich zur Zahlung seiner Schuld und des durch die Verspätung etwa zugefügten besonderen nachweislichen Vermögensschadens verurteilt werden. Die Herren Chefs verlangen aber hier ohne jeden Grund, daß der Handlungsgehilfe, der unberechtigt das Dienstverhältnis auflöst, ihm noch extra Buße zahle, auch wenn ein Schaden dem Chef nicht entstanden ist. Dieser sublimen Standpunkt der „königlichen Kaufherren“ mit dem Magistratsrat Tschow an der Spitze steht sozial noch tiefer als das Verlangen nach Zinseszins. Der Handlungsgehilfe kann vorzeitig den Dienst aufgeben, wenn ein „wichtiger Grund“ vorliegt. Ob der vom Handlungsgehilfen für wichtig gehaltenen Grund nach dem Gesetz ein „wichtiger“ ist, kann Herr Tschow in Verbindung mit 2 Kaufherren entscheiden. Entschieden diese falsch und fällt diese falsche Entscheidung zuungunsten des Handlungsgehilfen aus, so hätte dieser noch als Buße für die falsche Entscheidung ein Monatsgehalt dem Chef, der ihm vollberechtigten Anlaß zur Aufhebung des Dienstverhältnisses gegeben hatte, zuzuzahlen — in der Tat der Gipfel des Gegenwitzes von Gerechtigkeit und sozialem Empfinden.

Im Jahre 1874 wurde im Reichstag eine Forderung auf Vertragsbruchstrafe mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Gewerbeordnungsnovelle von 1891 führte in § 124b bekanntlich das Ausnahmengesetz einer Buße gegen Arbeiter, die rechtswidrig eine Arbeit verlassen haben, in Maximalhöhe des 6. bis 7fachen Betrages des ordentlichen Tagelohnes ein. Sie währte durch eine gleiche Vorschrift gegenüber Arbeitgebern wenigstens den Schein, als liege keine ausdrückliche Ausnahmenvorschrift lediglich zuungunsten der Arbeiter vor. Die „königlichen Kaufleute“ mit Herrn Tschow an der Spitze halten es für überflüssig, auch nur den Schein einer Gleichberechtigung zu wahren. Ihre Petition geht dahin, lediglich den Handlungsgehilfen, und zwar mit der Buße eines Monatsgehalts zugunsten des Prinzipals zu strafen. Mit dieser Petition hat das Berliner Kaufmannsgericht, das an antisozialen Kundgebungen nicht gerade arm ist (wir erinnern an die berüchtigten Entscheidungen über Konkurrenzklauselverträge) sich selbst überworfen. Die Herren Chefs und ihr Vorsitzender rechnen sich ja wohl zum freisinnig-antisemitischen Mod. Durch ihren Antrag etwas zur Kennzeichnung von dessen Natur beigetragen zu haben, ist wenigstens ein Verdienst der Herren.

Die Gobelinweberei kein Gewerbebetrieb?

Unter der Firma Biesch u. Komp. betreibt Herr Biesch in Berlin eine Gobelinweberei, in der er bestrebt ist, das bisher noch nicht erreichte Vorbild der französischen Gobelinweberei zu erreichen. Er hält seinen Betrieb, in dem durchschnittlich 30 weibliche Personen beschäftigt sind, für ein der Gewerbeordnung nicht unterstehendes Kunstinstitut und verweigerte deshalb der Affinität des Gewerbeinspektors den Eintritt, als sie zur Betriebskontrolle erschienen. Gegen ihn wurde wegen dieses Verhaltens auf Grund der §§ 130b und 140 Absatz 1 Biffer 7 der Gewerbeordnung Anklage erhoben. Das Landgericht I sprach ihn jedoch frei und führte unter anderem aus: „I. könne nur solche Weberinnen für die von ihm betriebene Herstellung echter Gobelins gebrauchen, die eine Ausbildung von vier oder fünf Jahren durchgemacht. Dazu würden noch ganz junge Mädchen angenommen, die zunächst Zeichenunterricht beziehungsweise Malunterricht erhielten und im Sortieren der Seidenfäden geübt würden, die zur Verwendung kämen in 14000 Farbenabstufungen. Der Farbenfärbung müsse so erst entwickelt werden. Dann würden sie zur Herstellung kleiner Stücke herangezogen. Zum richtigen Weben kämen sie aber erst nach vier- bis fünfjähriger Lehrzeit. Kunstmalerei stellen die Vorlagen her, nach denen die Seidenfäden mit der Hand geknüpft werden. Mit der Anfertigung eines Gobelins werde gewöhnlich nur eine Weberin beschäftigt, an die hervorragende Anforderungen heranträte, um im Gobelin dieselbe Wirkung hervorzubringen, wie sie das Bild des Malers ergäbe. Die Farben der Seide seien nicht genau dieselben, wie die des Malers; es gehöre deshalb ein großes Verständnis dazu, aus den in so sehr viel Farbenabstufungen vorhandenen Seidenfäden die geeigneten auszuwählen. In einem 25 Zentimeter im Quadrat messenden Stück haben die Weberinnen 4 Monate zu arbeiten. Die Anfertigung eines Gobelins nach dem bekannten Bilde: „Der zwölfjährige Jesus im Tempel“ erforderte vier Jahre. Die Gobelins würden immer nur in einem Exemplar hergerichtet. Wenn nun auch verschiedene zum Verschleiden von Wänden und zum Verzielen von Möbeln verwendet würden, so könnten auch diese nicht als gewerbliche Produkte betrachtet werden. Das Gericht habe auch aus der Beschäftigung zweier Gobelins den Eindruck hoher Kunstvollendung gewonnen. Der Annahme, daß es Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände wären, fehle schon der Umstand der sehr hohen Preise entgegen. Für den einen Gobelin „Der zwölfjährige Jesus“ würden schon mehr als 3000 M. an Arbeitslohn ausgegeben. Die gefertigten Gobelins seien als Kunstgegenstände anzusehen und sei anzunehmen, daß der Betrieb des Angeklagten ein Kunstinstitut und seine ausgebildeten Weberinnen Künstlerinnen seien. Wenn das auch von den noch in Ausbildung begriffenen jungen Mädchen nicht gesagt werden könne, so sei doch zu beachten, daß immer nur vier oder fünf Mädchen sich in der Ausbildung befänden, wodurch am Wesen des künstlerischen Unternehmens nichts geändert werde. In Betracht kämen auch noch dem Angeklagten äußerst günstige Umstände des Generaldirektors der königlichen Museen und des Direktors der Strahburger Kunstgewerbeschule. Sei aber die Gobelinweberei des Angeklagten ein Kunstinstitut, so könnten die Bestimmungen der Gewerbeordnung auf dieses nicht Anwendung finden.“

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Sie machte geltend, Gobelins seien Erzeugnisse des Kunstgewerbes. Gewiß könnten gewisse Gobelins als Kunstwerke und manche der Weberinnen als Künstlerinnen angesehen werden. Neben diesen Gobelins, die reine Kunstwerke darstellen, würden aber auch solche gefertigt, die nach den Anforderungen und ihrer Art nichts anderes seien, als wirtschaftliche Gebrauchsgegenstände.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf dieser Tage die Revision der Staatsanwaltschaft nach langer Beratung mit folgender Begründung: Die Grenzen zwischen Kunst und Kunstgewerbe seien außerordentlich flüchtig. Hier sei dieses vorhanden,

was dafür spreche, daß es sich um Kunstgewerbe handle; aber auch manches, was die dem Angeklagten günstigere Ansicht aufkommen lasse, daß das Institut ein reiner Kunstbetrieb sei. Der Senat habe sich der Feststellung des Landgerichts anschließen müssen. Darauf, daß die Mädchen in der Kunst, zu sehen, ausgebildet würden, habe der Senat weniger Bedeutung gelegt. Das sei mehr technisch. In manchen Gewerben würden die Sinne der Arbeiter sehr ausgebildet. Hier werde nun aber von dem Generaldirektor der Museen Schöne im Gutachten gesagt, die Mädchen müßten im Zeichnen ausgebildet werden und müßten so gebildet und talentiert sein, daß sie eine schöpferische Tätigkeit bei der Uebersetzung aus der Malerei in die „Bodenmalerei“ entwickeln könnten. So sei doch der Ansicht mehr Beifall gezollt worden, daß in dem Institut von Biesch u. Komp. mehr Kunst getrieben werde.

Die vorstehende Entscheidung des Kammergerichts widerspricht den Vorschriften der Gewerbeordnung, dem wirtschaftlichen Zweck einer Gewerbebetrieb und den zugunsten der Arbeiter getroffenen Schutzvorschriften. Der irrigen Auffassung des Kammergerichts muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, weil sie die größte Unsicherheit in die Rechtsverhältnisse der Arbeiter zu bringen geeignet ist. Die Gewerbeordnung definiert den Begriff eines Gewerbes nicht ausdrücklich, sondern führt nur im § 8 eine Reihe von Gewerben auf, die infolge ausdrücklicher Vorschrift des Gesetzes der Gewerbeordnung nicht unterliegen sollen (Fischerrei, Apotheke, unentgeltliche Erziehung von Kindern, Unterrichtswesen, die abholatorische Praxis, Auswanderungsunternehmungen, Versicherungunternehmungen, Eisenbahnunternehmungen). Außerdem rechnet der Sprachgebrauch und rechnen die Motive zum ersten Entwurf zur Gewerbeordnung vom 7. April 1898 als selbstverständliche Ausnahmen zwei dem Erwerb dienende Tätigkeiten, nämlich die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sowie die literarische Tätigkeit und die schönen Künste. Die Frage, ob eine Tätigkeit zu diesen Ausnahmen gehört, kann von Fall zu Fall zweifelhaft sein und ist sehr verschiedenartig in Theorie und Praxis bislang beurteilt worden. Die herrschende, zureichende Ansicht geht dahin, daß dem Sprachgebrauch entsprechend nur die lediglich zu wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken geübte Tätigkeit aus dem Rahmen der Gewerbeordnung herausfällt. Keineswegs kann nach dem Zweck und Wortlaut der Gewerbeordnung oder nach dem Sprachgebrauch der vom Kammergericht für erheblich erachtete Umstände entscheidend sein, ob die Tätigkeit der Arbeiter einen schöpferischen oder ob der Zweck Erwerbs hergestellte Gegenstände künstlerischen Wert hat. Sonst würde das gesamte Kunstgewerbe, fast die gesamten graphischen Gewerbebetriebe, ein großer Teil der Teppichweberei, viele Gewerbebetriebe der Photographen, Optiker, Instrumentenmacher usw. aus dem Begriff des Gewerbes ausgeschlossen haben. Eine Gobelinweberei der beschriebenen Art bleibt unter allen Umständen, auch wenn ihre Erzeugnisse viel Arbeit erfordern oder künstlerisch schön ausgeführt sind, ein mit Angelegten betriebenes, auf Erwerb gerichtetes Unternehmen, also ein Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung. Sie würde nur dann dem Sprachgebrauch entsprechend den Gewerben im Sinne der Gewerbeordnung nicht unterliegen, wenn sie lediglich künstlerischen, nicht gewerblichen Zwecken dienen soll. Es heißt dem Gesetzgeber Arbeit unterstellen und einer Umgehung der Arbeiterschutzgesetze Tür und Tor öffnen, wenn man mit dem Kammergericht annehmen wollte: ein Gewerbe unterliegt den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht, wenn die Art der Herstellung des gewerblichen Produkts eine qualifizierte Arbeit oder eine künstlerische Fähigkeit erfordert. Weßhalb sollen Arbeiterinnen dann den Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung nicht unterliegen, wenn an die Arbeiter ein besonderes Maß künstlerischer Vorbildung oder Fähigkeit gestellt wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Gewerbeinspektor die nächstbeste Gelegenheit wahrnimmt, um das Kammergericht in den Stand zu setzen, von seiner irrtümlichen Ansicht abzugeben.

Gewerbegerichtswahlkreis.

Bei der Gewerbegerichtswahl in der Amtshauptmannschaft Pirna-Land erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 8366 Stimmen, der Raddelmübler (Hirsch-Dundersche, christliche Gewerkschaften, Evangelischer Arbeiterverein) ganze 196 Stimmen. Da die „Außenen“ — es besteht Proportionalwahl — die auf einen Weiber entfallende Stimmzahl von 288 Stimmen nicht erhielten, so faßte sie ganz aus. — Für die Kammer S e b n i z, einem Hauptort der Christlichen resp. des Evangelischen Arbeitervereins, erhielten die freien Gewerkschaften 566, die gegnerische Liste 152 Stimmen. Von den 15 Weibern erhalten die freien Gewerkschaften 12, die Christlichen 3 Weiber. — In dem dritten Kammerbezirk ist das Resultat noch nicht offiziell bekannt, doch soll unsere Liste mit 400 gegen 10 gegnerische Stimmen gestiftet haben. Das wäre für diesen noch etwas dunklen sächsischen Landesteil ein großer Erfolg.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Leipzig.

Bei den am Mittwoch und Donnerstag stattgefundenen Wahlen zum Kaufmannsgericht ist zum ersten Male das proportionale System angewendet worden. Nach den bisherigen Feststellungen wurden gewählt: 12 Weiber und 3 Erfahrmänner des alten Leipziger Verbandes von 1856 mit 1508 Stimmen, 19 Deutschnationale und 4 Erfahrlente mit 2299 Stimmen, 3 Weiber und 1 Erfahrmann vom Zentralverband der Handlungsgehilfen mit 367 Stimmen, 3 Weiber und 1 Erfahrmann der Wachhandlungsgehilfen mit 389 Stimmen und 5 Rischmaschbesitzer mit 320 Stimmen.

Die Vergehen gegen Kinder-Schutzvorschriften gesühnt werden.

Ein Fiegelei- und sein Affordant in Glimbing (Obersalz) hatten ein volle 8 Jahr hindurch Kinder täglich 14 Stunden geistig überausgebeut. Das Schöffengericht in Regensburg sühnte dieses Verbrechen an der Gesundheit der 14jährigen Kinder mit — 60 M. bzw. 10 M. Geldstrafe. Was der Unternehmer durch die Ausbeutung der Kinder verdient hat, wurde er vom Richter nicht gefragt.

Gewerkschaftliches.

Christlicher „Terrorismus“.

Es fällt uns nicht ein, die nachfolgenden Tatsachen deswegen der Offenlichkeit zu übergeben, weil wir durch sie den Beweis für die Verworfenheit der christlichen Gewerkschaftler allgemein, und damit für die Verworfenheit der christlichen Bewegung führen wollen. Derartige freundschaftliche Verallgemeinerungen und Verdächtigungen anders organisierter Arbeiter gegenüber überlassen wir gern der christlichen, Hirsch-Dunderschen und sonstigen Scharmachepresse. Wenn wir gegen die christlichen Gewerkschaftler auftreten, tun wir es aus prinzipiellen Gründen, tun wir es, weil wir die schädliche Arbeiterzerpflüchterung unter politischen und religiösen Vorwänden verdammen, nicht aus persönlicher Antipathie gegen Arbeiter anderer religiöser oder politischer Ueberzeugung. Die bürgerliche Presse aber, und namentlich die katholische, bekämpft die freigeordneten Arbeiter ihrer Gesinnung wegen. Und wenn sie im schmerzhaften wirtschaftlichen Kampf die kühle Ruhe verlieren und vielleicht nicht zu billigende, aber doch in Anbetracht der Umstände manchmal recht begreifliche Handlungen begehen, dann erklärt man das, was ein Ergebnis der menschlichen Schwäche ist, für einen Ausfluß der „sozialdemokratischen Gesinnung“.

Jedoch Menschen sind wir alle, wie vielleicht auch die nachfolgenden Zeilen erweisen: In dem frommen Wallfahrtsorte Kehlauer tobt in den letzten Jahren verschiedene Lohnkämpfe. Doch keiner derselben nahm so erbitterte Formen an, wie der Kampf im Baugewerbe, der im Frühling dieses Jahres stattfand. Beteiligt an diesem Lohnkampf waren nur Christliche; die freien Gewerkschaften zählen in dem

genannten Orte nur wenig Mitglieder. Die Unternehmer, echte Zentrumsstützen, weigerten sich ganz entschieden, die winzigen Forderungen ihrer politischen Gesinnungsgenossen anzuerkennen, sie wollten sich ihren Profit nicht schmälern lassen. Behörde und auch die Bürgerschaft in ihrer überproportionalen Mehrheit standen auf Seiten der Unternehmer und bemühten sich alle gleichmäßig um die Heranziehung von holländischen Arbeitswilligen und bereiteten den Streikenden die größten Schwierigkeiten. So kam es, daß diese sich leider zu argen Ausschreitungen hinreizen ließen. In der Nacht vom 31. Mai bis zum 1. Juni wurden an dem Neubau des Bürgerheims die Stricke an dem Gerüst durchgeschnitten. Durch Zufall bemerkte am nächsten Vormittag der Polier das Schwanzen des Gerüsts, als es von einem Arbeiter bestiegen wurde. Dadurch ist ein größeres Unglück verhütet worden. Die Täter wurden sofort unter den Streikenden vermutet. Am 3. Juni wurden zwei derselben, die Gebrüder Decker, verhaftet. Sie gestanden auch ein, behaupteten aber von dem Streikleiter, dem christlichen Gewerkschaftsbeamten Schwarz aus Krefeld, zu der Tat angestiftet worden zu sein. Nun wurde auch Schwarz verhaftet und neun Wochen in Untersuchungshaft gehalten. Einer der Gebrüder Decker machte im Gefängnis einen Selbstmordversuch.

Die drei hatten sich nun in den letzten Tagen wegen Mordversuch resp. wegen Anstiftung zu demselben vor dem Schwurgericht in Cleve zu verantworten. Daß sie die Tat auf Veranlassung des Schwarz verübt, behaupteten die Gebrüder Decker auch vor Gericht. Schwarz habe ihnen gegenüber erklärt, es müsse ein Trid gegeben, um die Bewegung in Fluß zu bringen. Auf ihre Bemerkung, dieses sei aber nicht christlich, habe Schwarz erwidert: die Buße (Unternehmer) handeln auch nicht christlich; er käme für alles auf, der Verband zahle alles. Einer der Brüder will sogar eine Karte von Schwarz erhalten haben, um sich Mut anzutrinken. Der Angeklagte Schwarz bestritt ganz entschieden, sich so ausgelassen zu haben. Eine Anzahl Zeugen erklärten in der Verhandlung, er habe stets zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt.

Einen Brief, den Schwarz an die Bauberufsgenossenschaft in Düsseldorf geschrieben, wollte der Staatsanwalt zur Stützung der Anklage benutzen. In dem Schreiben hatte Schwarz die Genossenschaft aufgefordert, das Gerüst des Bürgerheims zu kontrollieren, es handle sich hier um eine Menschenfalle; die Polizei in Revelaar rühre sich auf wiederholte Anzeigen nicht. Das Schreiben war am 1. Juni datiert, aber schon am 31. Mai in die Hände der Adressatin gekommen. Der Staatsanwalt wollte nun aus diesem Umstande den Beweis herleiten, daß, wenn ein Unglück geschehen wäre, die Christlichen dieses auf die schlechte Verfassung des Gerüsts zurückgeführt hätten. Schwarz erklärte, bei der Datierung des Briefes sei ihm ein Irrtum unterlaufen. Derselbe sei nicht am Tage der Tat, sondern vorher geschrieben worden.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Fleischhauer, ein bekannter Zentrumsführer, stellte nun die christlichen Gewerkschaften in Gegensatz zu den freien, während in den letzteren der Umsturz gepredigt würde, händen erstere auf dem Boden des Gegenwartstaates. Führer der Christlichen würden nie zu einem solchen Vergehen auffordern, überhaupt lang der Rechtsanwalt das Lied der christlichen Gewerkschaften in den höchsten Tönen.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Mordversuch und Anstiftung zu demselben; sie erklärten vorläufige Sachbeschädigung für vorliegend. Es wurden die Angeklagten Deckers wegen des Deliktes zu vier resp. zwei Monaten Gefängnis verurteilt, ihnen aber die Untersuchungshaft angerechnet. Schwarz wurde freigesprochen.

Die Leute gehen nun ins Gefängnis. Wir wollen ihre Tat gewiß nicht entschuldigen. Aber ihr gerüttelt Anteil Schuld an dem Vorkommnis tragen doch die christlichen Unternehmer, welche die geringen Forderungen der Arbeiter nicht bewilligten; Schuld trägt die Gesellschaft, welche ihnen das Maß von Bildung und Schulung vorenthielt, das gereicht hätte, sie vor der Anwendung so bedenklicher Mittel abzuhalten; Schuld trägt sicherlich nicht die christliche Organisation der Leute. Die Zentrumspresse wird uns sicher recht darin geben. Wird sie auch die Konsequenzen daraus ziehen, wenn ein andermal freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, wenn auch wegen geringerer Delikte, vor Gericht stehen?

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Töpfer.

Am Freitagabend tagte im Kellers Saal eine sehr stark besuchte Versammlung des Verbandes der Töpfer. Der Vorsitzende Segave erstattete den Situationsbericht. Seit der letzten Versammlung hielt die Kommission zwei Sitzungen mit den Vertretern der Arbeitgeber ab. An der letzten Sitzung am Freitagvormittag war auch eine Vertretung des Vereins der Töpfer beteiligt. Die Verhandlungen sind so weit gediehen, daß die Arbeitgeber ihre ursprüngliche Vorlage, die den alten Tarif in neunzig Positionen ändern wollte, zurückzogen. Es blieben nur noch wenige Positionen übrig, wo die Arbeitgeber auf ihrem Verlangen beharrten, jedoch wurde im Laufe der Verhandlung eine Zulage bei anderen Positionen als Ausgleich angeboten, so daß die Differenzen, welche noch zwischen beiden Parteien bestehen, nicht erheblich sind. Bindende Abmachungen hat die Kommission nicht getroffen, da die Entscheidung der Versammlung überlassen bleiben soll. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, wenn nicht auf Grund der letzten Kommissionsverhandlung eine Einigung erfolge, dann würden die Arbeitgeber den Kampf in verschärfter Weise weiterführen, Streikbrecher heranziehen und die Solidarität der Ofenfabrikanten anrufen. Die Mitglieder der Arbeiterkommission erklärten demgegenüber, wenn es so kommen sollte, würden auch die Arbeiter schärfere Kampfmittel anwenden.

Während sich Segave auf eine referierende Wiedergabe der Verhandlungen beschränkt hatte, trat der Verbandsvorsitzende Drunzel in eine kritische Würdigung der Situation ein. In Uebereinstimmung mit anderen Diskussionsrednern bemerkte er, daß die Differenzen, welche nach den Kommissionsverhandlungen jetzt noch bestehen, als eine Vogatelle betrachtet werden müssen. Durch die Zurücknahme ihrer ursprünglichen Vorlage hätten die Arbeitgeber einen Märgen angetreten. Die Arbeiter sollten jetzt genau prüfen, ob die Vogatelle, um die es sich jetzt nur noch handelt, die weitere wochenlange Ausdehnung des Streiks begründet erscheinen lasse. Dieser Meinung gaben noch mehrere Redner Ausdruck, während andere verlangten, man solle für die Beibehaltung des alten Tarifs eintreten.

Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung ist mit dem Vorgehen der Gesellenkommission einverstanden, sind aber der Meinung, daß es ein weiteres Entgegenkommen seitens der Gesellen nicht geben kann und hoffen, daß die Unternehmer das Entgegenkommen der Gesellen annehmen und erwarten, daß bei Herden 3/4 Kacheln tief, das nötige Abdeckungs-material geliefert wird. Sollten die Unternehmer es dennoch zu einer allgemeinen deutschen Töpferstreik treiben wollen, so werden die Töpfer Deutschlands wissen, wie sie diesem schweren Kampfe trotzdem Herr werden.

Am Montag wird eine Versammlung der Arbeitgeber zu den Verhandlungen der Kommission Eßlung nehmen. Danach findet eine Versammlung der Arbeitnehmer statt, welche endgültige Beschlüsse zu fassen hat.

Anarchistisches Vorgehen.

„Der freie Arbeiter“, das bekannte Anarchistenorgan, beschäftigt sich in seiner letzten Nummer auch mit der Frage der gewerkschaftlichen Einigung in Deutschland und bricht in folgendes Gejammer aus:

„Innerhalb der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, auf welche so viele Genossen des Inlandes und besonders des Auslandes die Hoffnung gesetzt hatten, daß sie in Deutschland der Grundstein der revolutionären, syndikalistischen Bewegung werde, spielen sich gegenwärtig betrübliche Vorgänge ab. Gewissen Personen gelingt es immer mehr, die größeren der angeschlossenen Organisationen zum Uebertritt in die Zentralverbände geneigt zu machen.

Die Zimmerer sollen unter ihrem Leiter, dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Th. Fischer, diesen Uebertritt bereits perfekt gemacht haben. Am vorigen Sonntag erklärten sich auch die Maurer mit einer „Einigung“ einverstanden. Da auch die Kürschner und Tischler dem Uebertritt in die Zentralisation nicht widerstreben, so ist damit die Mehrzahl der der Freien Vereinigung angeschlossenen Organisationen mit dem Geiste und den Worten des zu Ostern im vorigen Jahre angenommenen Programmes nicht mehr einverstanden.“

Schließlich aber tröftet sich „Der freie Arbeiter“ wie folgt: „Aber aus den verbleibenden Ruinen wird neues Leben sprechen. Die wenigen zurückbleibenden Syndikalisten werden nun das Banner der in anderen Ländern so feststehenden vorwärts schreitenden syndikalistischen Idee entfalten. Sie werden, wenn auch wenige erst, die Ecksteine der revolutionären deutschen Gewerkschaftsbewegung werden. Diese Bewegung wird allerdings keine anarchische, sie wird syndikalistisch sein. Aber die Idee des Anarchismus wird sie durchdringen und vorwärts treiben.“

Deshalb bitten wir den Rest, der auf dem Boden der Grundfrage des VII. Kongresses stehen bleibt — es sind Anarchisten und christliche Sozialrevolutionäre: Den Mut nicht sinken zu lassen, jene Grundfrage auszubauen und von den daran noch haftenden Schlacken zu reinigen. Dann wird die Freie Vereinigung als rein syndikalistische, als revolutionäre Gewerkschaftsbewegung eine verbende Kraft entfalten, welche ihr bald die Feinigkeiten ersehen und sie zum Heile des deutschen Proletariats zum Siege über den Kapitalismus und die Zentralverbände, die ein Bestandteil des letzteren sind, führen wird.“

Wir haben sonst dem genannten anarchischen Blatt immer nur die seiner Bedeutung angemessene Beachtung geschenkt, nämlich gar keine. Obige Aeußerungen schienen uns aber für die schmerzliche Enttäuschung gewisser Kreise über eine Einigung in der deutschen Arbeiterbewegung und den Rest von Hoffnung auf einen Bodensatz der Uneinigkeit so charakteristisch, daß wir ausnahmsweise für nötig hielten, sie zur Kenntnis unserer Genossen zu bringen.

Die Bewegung der Fliesenleger ist auf einem gewissen kritischen Punkte angelangt. Die Unternehmer haben den Fliesenlegern ein Ultimatum gefordert, entweder der bisherige Tarifvertrag werde „unverändert auf zwei Jahre bis zum 1. Oktober 1900 verlängert“, oder der den Fliesenlegern zugedachte neue Tarifvertrag werde angenommen, jedoch mit der Abänderung, daß die Festsetzung der Akkordsätze der freien Vereinbarung überlassen bleibt. Nur bis zum gestrigen Freitag, den 25. Oktober, wollten die Unternehmer auf Antwort warten. Rutllig legte einer Versammlung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter im „Neuen Klubhause“ die Sachlage vor und erklärte, daß die Fliesengeschäfte die augenblickliche — vielleicht künstlich hervorgerufene — schlechte Konjunktur auszunutzen versuchen, aber man werde sich nicht einschüchtern lassen. Man fürchte „die Konsequenzen“ nicht, womit in dem Ultimatum gedroht werde.

Die folgende Resolution wurde nach kurzer Diskussion angenommen:

„Die Versammlung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter ist der Ansicht, daß zu einem Vorgehen der Fliesengeschäfte, wie es in deren Schreiben vom 19. Oktober zum Ausdruck kommt, in keiner Weise Anlaß gegeben worden ist, und erklärt, daß sich die Fliesenleger und Hilfsarbeiter diesem Ultimatum nicht unterwerfen werden. Zum Beweise jedoch, daß es letzteren mit der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf dem Wege der gemeinsamen Beratung Ernst ist, wird die Tarifkommission hiermit beauftragt, mit der Führung der weiteren Verhandlungen das Berliner Gewerbegericht zu betrauen und eventuell das Einigungsamt desselben in Anspruch zu nehmen. Lehnen die Firmen diese Verhandlungen ab, so sehen die Versammelten darin einen Beweis, daß die Unternehmer einen Kampf im Fliesenberufe provozieren wollen. — Sollten die Firmen den Kollegen ihren Vertrag zum Zwecke persönlicher Anerkennung zur Unterchrift vorlegen, so ist diese Unterchrift mit Verurteilung auf unsere Tarifkommission resp. unseren heutigen Versammlungsbeschluss zu verweigern. Des weiteren sind die Kollegen gehalten, irgendwelche Maßnahmen der Geschäfte zur Aenderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Organisationsleitung sofort zu melden.“

Deutsches Reich.

Stund im schwarzen Rod.

„Der Bureauangestellte“ teilt wieder einige Zahlen über Gehaltsverhältnisse ostdeutscher Anwaltsgehülften mit, die traurige Zustände bezeichnen. Aus Stettin werden die Gehälter der Angestellten von etwa der Hälfte der Schreibstuben — mehr Zahlen sind nicht eingegangen — angegeben. Danach beziehen monatlich

Lehrlinge	
Alter unter 5 R.	5-10 R. 10-20 R. 20-30 R. über 30 R.
14	10 18 18 —
15	1 8 18 4 —
16	— — 3 3 —
	11 (16%) 21 (29%) 84 (47%) 7 (9%) — (0) = 78

Gehülften	
Alter 30-50 R.	50-75 R. 75-100 R. über 100 R.
17-20	25 6 — —
20-25	7 2 4 —
25-45	4 2 1 —
	86 (70%) 10 (20%) 5 (10%) — (0) = 51

Von 24 Bureauvorstehern beziehen	
100-120 R.	120-150 R. 150-200 R. 200-250 R.
4 (17%)	10 (42%) 7 (29%) 3 (12%)

Es sind also 78 = 49% Proz. „Lehrlinge“ d. h. da die „Lehre“ in Ausläuferdienst und mechanischer Abschreibearbeit, jugendliche Arbeiter, von denen keiner über 1 R. täglichen Einkommens bezieht. Und auch in der nächsten Gruppe, den Gehülften, haben 70, von den unter 20 Jahre alten gar 81 Proz., weniger als 50 R. Monatsgehalt. Ueber 25 Jahre zählen 7 Gehülften und 24 Vorsteher — 21 Prozent der Gesamtzahl; ein Zeichen der glänzenden Aussichten, die dieser Arbeiterkategorie blühen. Alles zusammengefaßt finden wir unter 20 20-50 50-100 100-150 150-200 über 200 R. Summa Angest. 66 43 15 14 7 3 148 Proz. 44,8 29,1 10 9,5 4,7 2 —

Also 74 Proz., fast drei Viertel des Personals, haben weniger als 50 R., nur 6,7 Proz., ein Fünftel, mehr als 150 R.

Eine Kündigungsfreiheit besteht für 19 Angestellte überhaupt nicht; sie beträgt für einen eine Woche, für 78 zwei Wochen, für 82 einen Monat, für elf sechs Wochen und für acht drei Monate. Der Rangel einer Kündigungsfrist für 13 Proz. und die kurzzeitige von einer bzw. zwei Wochen für 53 Proz. ist bei der großen Arbeitslosigkeit in diesem, durch übermäßigen Zugang entwerteten „Beruf“ besonders bitter.

Solche traurigen Verhältnisse findet man heute kaum noch unter ländlichen Tagelöhnern, sicher nicht mehr unter qualifizierten Handarbeitern, aber die doch ein großer Teil dieser armen Schreibegehülften als Stehtragenproletariat erhasen düst. Dabei fehlen ihnen die sozialpolitischen Schutzbestimmungen, wie sie den „gewöhnlichen“ Handarbeitern, dank ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation, bereits vielfach zuteil geworden sind: Gewerbeaufsicht, Gewerbegericht, Arbeitsnachweis, geregelte Arbeitszeit, Fachschule usw. Erst die Ueberwindung des Standesdunkels, der zielbewusste Anschluß an die kämpfende Arbeiterbewegung wird auch dieser verflümmerten Arbeiterschicht etwas mehr Licht und Sonne erbringen.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in der Dresdner Schuhindustrie nimmt stärkere Formen an. Auf die im gemäßigten Ton gehaltene Eingabe des Schuhmacherverbandes um Einführung der neunstündigen Arbeitszeit haben die Mitglieder des Fabrikantenvereins ihren sämtlichen Arbeitern — soweit sie Mitglieder des Schuhmacherverbandes sind — zum 8. November gelündigt, wenn bis dahin nicht die zunächst bei der Firma Pampel gestellte Forderung zurückgezogen ist.

Die Organisation wird sich durch diesen Schreckschuß nicht einschüchtern lassen und dafür Sorge tragen, daß die Zahl der Stehenbleibenden nicht groß ist.

Der Achtstundentag.

Am 15. Oktober gelangte in den optischen Werkstätten der Firma E. Reich in Weßlar die achtstündige Arbeitszeit endgültig zur Einführung. Im vergangenen Jahre war sie versuchsweise eingeführt worden und hat sich auch durchaus bewährt, denn trotz der kürzeren Arbeitszeit ist die durchschnittliche Leistungsfähigkeit nicht unwesentlich gestiegen. Bei der Abstimung ergab sich, daß nur ein Zehntel der in Akkordarbeit Beschäftigten für die neunstündige, die übrigen neun Zehntel für die achtstündige Arbeitszeit stimmten. Die nunmehr endgültig festgelegte Arbeitszeit dauert von 8-12 und 2-6 Uhr.

In der Metropole der Gelben.

In der Jahresversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Augsburg machte der Kassierer die Mitteilung, daß der Mitgliederstand des Vereins ganz bedeutend zugenommen habe.

Ein leidenschaftiger Hofrat in einer Gewerkschaftsversammlung.

Das „sozialdemokratische“ Gewerkschaftsblatt in dem schwäbischen Städtchen Aachsburen veranstaltete dieser Tage einen Vortrag über „Vollsbildung“. Als Gast war auch der achtstündige Bürgermeister der Stadt, Hofrat Stumpf erschienen, der den Vortrag begrüßte und um die moralische Unterstützung auch des Gewerkschaftsblatts bat bei seinem Bestreben, für die Stadt eine allgemeine Volksbibliothek zu errichten, was schon einmal an dem Willen der bürgerlichen Stadträte gescheitert sei. Bildung macht frei, sei seine (des Hofrats) Ueberzeugung. Auch hat der Bürgermeister die Arbeiterschaft um ihre Unterstützung bei der Durchführung einer Verbesserung der Kleinwohnungsverhältnisse, nachdem ihn in solchen Fragen das bürgerliche Ratkollegium im Stiche lasse.

Christliche Agitation. Nach den Provinzialstädten Mindelheim in Bayern kam dieser Tage ein christlicher Agitator und hielt vor ein paar christlichen Arbeitern einen Vortrag, worin er sagte, daß die freien Gewerkschaften heutzutage gar keine Bedeutung mehr hätten, während die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften auf 2 Millionen gestiegen sei. — Der Wanderapostel hat im Bewußtsein der Unerfahrenheit seiner Zuhörer die Statistik einfach zugunsten der christlichen umgelogen. Die Versammlung eröffnete der Bruder mit den Worten: „Gelobt sei Jesus Christus!“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein offizielles Dementi.

Berlin, 25. Oktober. (B. Z. V.) Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom heutigen Tage wollen wissen, daß die vom Unterstaatssekretär v. Lindquist kürzlich für Südwestafrika erlassenen Eingeborenen-Verordnungen im Kolonialamt böses Blut gemacht hätten, und daß Staatssekretär Dernburg in einem Telegramm keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er mit den Anordnungen des Unterstaatssekretärs keineswegs einverstanden sei.

Demgegenüber sind wir in der Lage mitzuteilen, daß die Verordnungen im Entwurfe dem Staatssekretär vorgelegen haben und von ihm vor ihrer Inkraftsetzung im Erlaßwege genehmigt worden sind. Von einem Telegramm des erwähnten Inhalts ist im Kolonialamt nichts bekannt.

Schwerhörige Schuldner.

London, 25. Oktober. (B. Z. V.) „Daily Chronicle“ meldet, daß der Premierminister Deakin empört sei über das Hinsiehen des Schuldenerlasses, den Deutschland an die australische Firma Burns, Phil u. Co. zahlen muß. Deutschland habe anfangs die Forderungen abgewiesen, sie dann aber zur Prüfung angenommen. Der Minister sagte in seiner Rede, seit zwei Jahren haben wir an die Türen des Berliner Auswärtigen Amtes geklopft und vergeblich versucht, unseren Bürgern zum Rechte zu verhelfen.

Die neuesten Pleiten.

New York, 25. Oktober. (B. Z. V.) Die Brooklyn Bank in der Fultonstraße in Brooklyn hat ihre Bureaus heute nicht geöffnet. Das Kapital der Bank beträgt 300 000 Dollar. Die Internationale Trust-Company, hat ihre Bureaus heute vormittag geschlossen, sie stand mit der Borough Bank in Brooklyn in Geschäftsbeziehungen.

Gehulft wie gesprungen.

Petersburg, 25. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Durch kaiserlichen Ukas tritt für die Städte Jekaterinburg und Werchoturie mit den dazu gehörigen Bezirken an Stelle des verstärkten Schutzes der außerordentlichen Schutz in Kraft.

Ueberfallener Postzug.

Batum, 25. Oktober. (B. Z. V.) Heute griff eine etwa vierzig Mann starke Bande einen Postzug an, als er auf einer Ebene zwischen den Stationen Velopoy und Jerauski hielt. Die Räuber warfen den Lokomotivführer von der Lokomotive und beschossen den Zug. Die militärische Bedeckung des Zuges erwiderte das Feuer. Der Zuführer wurde getötet, sieben Soldaten sind verwundet worden. Vier Räuber drangen in den Postwagen und bemächtigten sich der Geldsäcke. Die Höhe der geraubten Summe ist noch ungewiß.

Attentat auf einen Polizeibeamten.

Batu, 25. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute vormittag 11 Uhr ist der Polizeibeamte Balashon in der Nähe des Bahnhofes getötet worden. Der Mörder ist verhaftet.

Die notwendige Reform.

Konstantinopel, 25. Oktober. (B. Z. V.) Nach Meldung türkischer Blätter ist in Saloniki eine Polizeischule unter Leitung eines belgischen Majors errichtet worden.

Die Nebenregierung des § 175.

Dritter Tag.

Der Zutritt zu dem kleinen Schwurgerichtssaal ist heute nur nach Ueberwindung besonderer Schwierigkeiten zu erlangen.

Vorsitzender Amtsrichter Dr. Kern eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Es soll zunächst zur Vernehmung des Fürsten Philipp zu Eulenburg geschritten werden.

Auf den Aufruf des Vorsitzenden meldet sich Sanitätsrat Gennrich zu einer Erklärung.

Vors.: Haben Sie die Ermächtigung, hier für den Fürsten Eulenburg zu sprechen?

Sanitätsrat Gennrich: Ja, er hat mich zu sich rufen lassen. Ich habe ihn noch einmal untersucht und habe ihm verboten, aufzusehen. Das ärztliche Attest wird in einer halben Stunde hier sein.

Vors.: Wird der Antrag auf kommissarische Vernehmung des Fürsten aufrechterhalten?

Justizrat Dr. v. Gordon: Ja, natürlich unter Konfrontation mit dem Zeugen Völlhardt.

Justizrat Bernstein: Was den Fürsten Eulenburg außer Möglichkeit fehlt, vernommen zu werden, ist nach dem bisher vorliegenden Attest hauptsächlich der

Gemütszustand.

Die Gefahren in dieser Hinsicht würden bei einer kommissarischen Vernehmung dieselben sein wie bei einer Vernehmung vor Gericht. Ich bitte jedenfalls, falls das Gericht die kommissarische Vernehmung beschließt, diese erst vorzunehmen, wenn die Vernehmung hier weiter vorgeschritten ist, damit die Vernehmung nicht wiederholt zu werden braucht.

Fäberaffen

auf das allerbeachtlichste bezeichnet. Fürst Bismarck hat bekanntlich seine Leute gekannt. Dem Beklagten gegenüber hat er dasselbe behauptet. Ich würde Zeugen vorführen, die Ihnen sagen werden, wie Fürst Bismarck zu dieser Meinung gekommen ist, Eulenburg sei homosexuell. Wenn dem vom Kläger widersprochen wird, werde ich es beweisen.

Justizrat Dr. v. Gordon: Fürst Bismarck war gewiss eine Autorität, aber doch ein Mensch wie ein anderer. Wenn sich Gerüchte über einen Menschen verbreiten, vor denen ja schließlich kein Mensch sicher ist, so kann auch die Verneinung auf den Fürsten Bismarck ein solches noch nicht zur unbestreitbaren Wahrheit machen.

Justizrat Dr. Bernstein: Ich habe seinerzeit erwartet, daß als erster Name auf der Zeugenladung des Gegners der Name Fürst Philipp zu Eulenburg stehen würde. Sobald als ich Herrn Gorden das erste Mal sah und die Klageschrift gesehen hatte, sagte ich zu ihm: „Die Sache dieser Herren sieht sehr schlecht.“

Harden: Bevor das Gericht beschließt, ob und wo der Fürst Eulenburg zu vernehmen ist, bitte ich festzustellen, in welchem Umfang es möglich ist, es durchläßt in der Wohnung zu vernehmen. Nach dem, was bis jetzt über den Gesundheitszustand des Fürsten gesagt worden ist, halte ich selbst für ausgeschlossen, daß der Zeuge Völlhardt an Gerichtsstelle dem Fürsten Eulenburg augenblicklich gegenübergestellt wird.

Nach kurzer Beratung verkündet Amtsrichter Dr. Kern: Es handelt sich darum, ob der Zeuge Völlhardt zu vernehmen ist. Er hat gestern erklärt, er möchte den Eid erst ablegen, wenn er den Fürsten zu Eulenburg gesehen hat. Es wird dem Zeugen Völlhardt aufgegeben, sich sofort zum Fürsten Eulenburg zu begeben und den Versuch zu machen, ihn zu sehen.

Justizrat Bernstein: Wir haben den Zeugen Völlhardt nur genannt in Bezug auf den Grafen Hohenau und nur ganz zufällig hat der Zeuge auch den Fürsten Eulenburg hier bei seiner Vernehmung vor Gericht genannt.

Vors.: Der Zeuge Völlhardt soll ja nur vorläufig den Fürsten Eulenburg ansehen und er wird uns ja hier berichten. Ich frage jetzt den Herrn Vertreter des Klägers, ob er seine gestern angekündigten Beweisanträge fixiert hat.

Justizrat Dr. v. Gordon: Ich wiederhole die gestern schon beantragte Vorladung derjenigen Personen als Zeugen, die über die ganze Gefinnung des Privatklägers, über Damen im allgemeinen und über die Ehe des Klägers aussagen sollen.

den Vorgängen beteiligt ist, von denen der Zeuge Völlhardt spricht. (Mit erhobener Stimme.) Wir wollen

absolute Klarheit!

Wir wollen, daß die besetzte Ehre des Privatklägers in jeder Beziehung wieder hergestellt wird, und wir werden nicht eher ruhen, als bis kein Tröpfchen von Verdacht auf ihn ruht (Noch lauter): Darum kann der Prozeß unter keinen Umständen zu Ende gehen, ohne daß diese beiden Herren vernommen werden.

Graf v. Moltke: Ich werde unter keinen Umständen dazu beitragen, daß die Person des Allerhöchsten Herrn hier in die Debatte hineingesogen wird.

Harden: Der Antrag, der bezüglich Sr. Majestät gestellt war, ging auf das Gegenteil dessen hinaus, was von uns behauptet worden ist. Der Gegenstand, daß der Graf v. Moltke auf eigene Faust Politik treibe und seine Beziehungen zum deutschen Kaiser dazu ausnütze, liegt mir ganz fern.

Stimmungen, Maßnahmen und Personalfragen

usw. Das alles war für den Fürsten Eulenburg wichtig. Eine vom Kaiser zu entziehende Aussage, wenn sie möglich wäre, würde also gar nichts beweisen. Die Gegenseite will die Grafen Lynar und Hohenau geladen haben und hat mit Empfindung erklärt, daß dieser Prozeß nicht zu Ende gehen könne, ohne daß diese beiden Herren vernommen werden!

Justizrat Bernstein: Ich habe seinerzeit erwartet, daß als erster Name auf der Zeugenladung des Gegners der Name Fürst Philipp zu Eulenburg stehen würde.

Harden: Bevor das Gericht beschließt, ob und wo der Fürst Eulenburg zu vernehmen ist, bitte ich festzustellen, in welchem Umfang es möglich ist, es durchläßt in der Wohnung zu vernehmen.

Nach kurzer Beratung verkündet Amtsrichter Dr. Kern: Es handelt sich darum, ob der Zeuge Völlhardt zu vernehmen ist. Er hat gestern erklärt, er möchte den Eid erst ablegen, wenn er den Fürsten zu Eulenburg gesehen hat.

schwere Mißhandlungen

bekunden, die der Herr Graf Moltke seiner damaligen Gattin zugefügt hat. Sie wird weiter bekunden, daß der Kläger stets von einem Ring gepöbelt hat, den er und seine Freunde um Seine Majestät gezogen haben und den zu sprengen meine Aufgabe durch Veröffentlichung meiner Artikel gewesen ist.

mehr als heißen Sachen

würde wohl nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden können. In einer allzu begreiflichen Verlegenheit ist Frau v. Elbe wohl bisher nicht recht in der Lage gewesen, abzulassen zu sprechen und alles aus der traurigen Ehe hier zu erzählen.

ärgster Notwehr gegen brutale Angriffe

geschaffen ist. In einem Falle mußte sogar im letzten Augenblick eine neue Toilette der damaligen Gräfin geändert werden, weil die Dame braune und blaue Flecke aufwies.

glänzenden gesellschaftlichen Position, sie war trotz ihres sonstigen Unglücks ihrem Gatten zugetan. Sie wollte ferner, daß eine Ehe, die unter den glänzenden Bedingungen geschlossen ist, nicht ohne weiteres getrennt werde.

in dieser Ehe haben sich jene traurigen Dinge ereignet, die uns hier mitgeteilt sind. Es erscheint deshalb leicht begreiflich, weshalb sich die Dame seinerzeit gegen eine Trennung der Ehe geäußert hat.

Justizrat Dr. Bernstein bespricht die gegnerischen Beweisanträge. Wenn das Gericht die Verlesung des Briefes der Frau v. Elbe beschließt, dann beantrage er, überhaupt die Ehescheidungsakten als Beweismittel anzuwenden.

eheliche Fähigkeit oder besser Unfähigkeit

gemacht hat, wie seiner Frau. Er kennt nicht nur die Richtigkeit der Angaben seiner Frau, er hat ihren Eltern dasselbe gesagt und er läßt, um die Aussage seiner früheren Frau abzuschwächen, hier durch seinen Vertreter sagen, daß sie falsch ist.

Kronprinz,

der zufällig den letzten Teil der Unterhaltung gehört hatte, zu den Herren und hat um Aufklärung. Er ließ sich dann die betreffenden Nummern der „Zukunft“ geben und besprach nun mit dem Chef des Militärkabinetts, dem Grafen Hülsen-Haeseler, ob es nicht notwendig sei, daß dieser dem Kaiser von der ganzen Angelegenheit Mitteilung mache.

eine mehrstündige Unterredung

statt, in der in erster Linie Herr v. Hülsen-Haeseler das Wort führte und deren Endergebnis war, daß Graf Wilhelm Hohenau, bisher General à la suite des Kaisers, Graf v. Moltke, bisher Stadtkommandant von Berlin und vor allem Fürst Philipp zu Eulenburg,

einer der einflussreichsten Freunde des Kaisers,

aus ihrer hohen Stellung verabschiedet wurden. Ein vierter der von Harden genannten Mitglieder des Eulenburgischen Freundeskreises, der Geheim Legationsrat v. V., hatte es vorgezogen, nach vor Eintritt der Katastrophe seinen Abschied einzureichen, welcher ihm, freilich ohne die sonst üblichen Ehrenbezeugungen, bewilligt wurde.

belügen zu wollen.

Ich bitte Herrn Dr. Hirschfeld darüber zu vernehmen, ob er wegen dieses Artikels von dem Herrn Fürsten Eulenburg, von Graf Moltke oder irgend einem dieser Leute verklagt worden ist.

Der nunmehr zurückgekehrte Kriminalkommissar v. Treskow wird von dem Vorsitzenden vernommen und sagt aus: „Se. Durchlaucht hat mich empfangen, ich habe meinen Auftrag ausgerichtet und er hat es

abgelehnt, den Zeugen zu sehen oder von ihm gesehen zu werden. Se. Durchlaucht lag krank im Bett und motivierte seine Ablehnung wie folgt: Der Zeuge könnte glauben, ihn zu erkennen und würde dann zum Eide zugelassen werden und schwören.

Justizrat Dr. v. Gordon: Die Erklärung des Fürsten Eulenburg ist eine durchaus forelle und berechtigte. Ich lege nunmehr auch ein Attest des Gerichtsarztes Dr. Leppmann über den Gesundheitszustand des Fürsten vor.

in Krankheitsvorstellungen befangen sei.

Vors. Justizrat Bernstein: Ich sehe aus dem Urteilstext eigent- lich nur, daß der Fürst nicht wohl ist. (Heiterkeit.)
Vors. Hält der Beklagte die Behandlung aufrecht, daß der Privatkläger sich in dem in den Artikeln geschilderten Freundeskreise bewegt hat?

Justizrat Dr. v. Gordon: Das wird entschieden bestritten.
Vors. Bernstein: Ich brauche bloß darauf hinzuweisen, daß Fürst Eulenburg seit 40 Jahren der allerintimste Freund des Privatklägers ist.

Garden: Fürst Eulenburg und Graf Kuno v. Rolke sind die Intimsten der Intimen, Herr Lecomte ist seit vielen Jahren mit Eulenburg intim befreundet. Er war mit dem Privatkläger schon blant, als die jetzige Frau v. Elbe noch Frau Gräfin Rolke war. Man braucht bloß auf das Wort „tes amis sont mes amis“ (meine Freunde sind meine Freunde) hinzuweisen und das

Tris Eulenburg-Rolke-Lecomte ist gegeben. Bleibt Graf Wilhelm Hohenau. Er ist mit dem Privatkläger sehr genau bekannt, entfernt mit ihm verwandt, sie dugen sich, er ist der Sohn des Prinzen Albrecht Vater, also ein Hohenzoller, der Kaiser duxte ihn und hatte ihn **Willi** genannt. Graf Wilhelm Hohenau und der Privatkläger omtieren in der allernächsten Nähe des kaiserlichen Herrn. Ich dünkte, das ist doch wohl eine Gruppe zu nennen.
Vors.: Weichen Sie dabei, daß dem Privatkläger die homo- sexuellen Reigungen der übrigen Mitglieder der Gruppe bekannt gewesen seien.

Garden: Ich bin überzeugt, daß Graf v. Rolke ge- wußt hat, daß Fürst Eulenburg homosexuell veranlagt ist. Er hat bezüglich des Herrn Lecomte zugegeben, daß über ihn Gerüchte umflogen. Diese Gerüchte gingen über den Grafen Hohenau schon sehr lange um. (Mit erhobener Stimme): Die gegen den armen, schwer erlich belästigten Mann, den ich wahrhaftig nicht hier hineingezogen hätte, wenn ich mich nicht gegen einen Ruf von Unwahrheiten und Verdächtigungen zu verteidigen hätte, erhobenen Vorwürfe und elenden Exzpressionen waren so bekannt, daß ich es für einfach unmöglich halte, daß der hier als „unpolitisch“ hingedellte Graf Kuno v. Rolke es nicht gewußt haben sollte. Ich habe es gewünscht, ich wohne in Grunewald und bin Schriftsteller und ich weiß es seit Jahren! Es würde ein merkwürdiges Maß Raubtätigkeit verraten, wenn der Privatkläger es nicht gewünscht haben sollte. Wenn Anreden gewechselt werden, wie „Mein Geliebter! Meine Seele! Ich halte mich verpflichtet, meinen Freunden zu leben! Ich kann auch nach meiner Veranlagung nur meinen Freunden leben!“ usw. usw., legen doch mindestens den Verdacht nahe, daß seine Freundschaft „erotisch betont“ war. (Mit gorn- bebender Stimme):

Es schreiben ja doch die Spalten von den Dächern!
Drängen Sie mich noch weiter, dann würde ich Ihnen Mitglieder von Herrscherhäusern

vorführen, die da sagen: Ist es denn möglich, daß das überhaupt noch bestritten wird? (Auf den Privatkläger weisend und laut ausrufend): Dieser Mann hat sich ja doch den Kopf nur zu erhalten gewußt durch eine Unwahrheit!
Der Vorsitzende ersucht den Angeklagten, sich zu nähigen.
Justizrat Bernstein: In einer und derselben Stunde sind die in den Artikeln genannten drei Männer ihrer Stellung verlustig gegangen! Hat Graf Kuno v. Rolke wirklich den Mut zu leugnen, daß der Verlust der Stellung seitens der drei Herren in unlösbarem Zusammenhang mit ihren sexuellen Reigungen stand? Ich berufe mich eventuell in dieser Beziehung auf den Chef des Militärkabinetts v. Hülsen-Haeseler.

Vors.: Herr Privatkläger, wollen Sie sich einmal darüber äußern?
Graf v. Rolke: Es ist im allgemeinen nicht Sitte, daß man über militärische Intimitäten spricht. Ich äußere mich darüber nur so weit, als es zulässig ist. Ich habe meinen Abschied eingereicht unter der Motivierung, daß ich unter einem Verdacht stehe, dessen Beseitigung zunächst nicht sofort möglich war, der es aber nicht angängig erscheinen ließ, daß ich unter der

Wucht solcher Verleumdungen in meiner Stellung bleibe. Ich habe wegen dieser Anschuldigung meinen Dienst aufgeben müssen, meine 42jährige Karriere, die ich lieb gehabt habe, verendigt, meinen Kopf, den ich in Ehren getragen, ausgegogen. Ich war Kommandant der Leibkürassiere und kann wohl kaum in solcher Stellung das fühlliche Wesen gezeigt haben, wie es kaum einem Leutnant zugumuten wäre. Da ich

durch den Angeklagten um mein Amt und meine Ehre gekommen bin,

so hoffe ich, daß der Gerichtshof dies bei der Abmessung der Strafe berücksichtigen wird.
Vors.: Sind Sie also lediglich wegen dieser Artikel aus dem Dienst geschieden?

Graf v. Rolke: Ja!
Vors.: Sind Sie denn nicht von zuständiger Stelle irgendwie befragt worden, ob es wahr ist, was in den Artikeln stand?

Graf v. Rolke: Ich habe darauf Nein gesagt.
Justizrat Dr. v. Gordon: Ich beantrage, den Herrn Hülsen-Haeseler zu vernehmen; er wird bezeugen, daß dem Privatkläger anderenfalls doch nicht die Uniform belassen worden wäre. Ich beantrage ferner, Herrn Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und den Polizeipräsidenten v. Borries darüber zu vernehmen, daß die in der Zeitschrift des wissenschaftlich-humanitären Komitees gegebene Darstellung der Vorgänge nicht richtig ist. — Weiter: Wenn Fürst Bismarck geglaubt hätte, der Privatkläger sei ein Vaberast, so hätte er doch das tun müssen, was unterlassen zu haben der Angeklagte dem Privatkläger vorwirft; nämlich vor den Kaiser zu treten und ihm Vortrag zu halten. — Was schließlich die beschuldigte Intrige in den Spalten des „Gaulois“ betrifft, so haben wir dies nicht behauptet, sondern es ist in einem königlich preussischen Landgericht in einem Urteil festgestellt.

Graf v. Rolke: Ich erkläre nochmals, daß ich von den Reigungen des Grafen Hohenau nichts gewußt habe und berufe mich in dieser Beziehung auf meinen Reffen Herrn v. d. Marwitz. Uebrigens ist es eine völlige Verleumdung der Verhältnisse, wenn angenommen wird, es wäre meine Aufgabe gewesen,

als Denunziant aufzutreten.
Als Kommandant von Berlin hatte ich andere Auf- gaben.
Justizrat Bernstein: Jedenfalls aber nicht die Aufgabe, mit Vaberasten zu verkehren!

Graf v. Rolke: Das ist eben nicht wahr!
Garden: Der Herr Graf Rolke hat soeben hier gesagt, er habe einen Reffen, den Herrn von Marwitz, der bezeugen werde, daß ihm der Kläger gesagt habe, er habe mit Hohenau nicht das geringste zu tun gehabt und wisse auch nichts von den gegen Hohenau erhobenen Anschuldigungen. Ich möchte wissen, weshalb er überhaupt etwas zu seinem Reffen über die Affäre gesagt hat? Ich nehme an, daß er deshalb nur darüber gesprochen hat, weil ihm mitgeteilt worden war, er sei ebenfalls damit verwickelt. Vielleicht beantwortete mir der Herr Kläger nun einmal endlich die Frage: Weshalb sind die Herren Graf Hohenau, Fürst Eulenburg, der Herr Graf Rolke selbst und der französische Herr Lecomte aus ihren Ämtern verschwunden? Der letztere ist überhaupt aus Berlin verschwunden. Ich möchte fragen, ob wohl ein Gerichtshof, der diese Tatsachen kennt, daran zweifeln wird, ob dieses Verschwinden der Herren darauf zurückzuführen ist, daß deren Namen in der „Zukunft“ genannt worden sind. Ich glaube auch weiter, wenn nicht von der höchsten Stelle des Landes selbst Ermittlungen nach gewisser Richtung angestellt worden wären, die nicht wiederum ein gewisses Resultat gehabt hätten,

so wären die Herzen heute noch in ihren alten Posten.
Ueber diesen Punkt entspinnen sich äußerst heftige Auseinandersetzungen zwischen Garden und dem Grafen Rolke.
Justizrat Bernstein: Will mir der Herr Graf mitteilen, weshalb sich Fürst Eulenburg nicht mehr auf seinem Posten befindet?

Graf Rolke: Das weiß ich doch nicht, was geht mich das an!
Justizrat Bernstein: Der intimste Freund des Fürsten, der seit 40 Jahren mit ihm verkehrt, soll nicht wissen, weshalb der Fürst von der Bildfläche verschwunden ist und in Ungnade gefallen ist?

Graf Rolke: Ich weiß es nicht weshalb, ich habe auch kein Schriftstück gesehen. (Heiterkeit im Auditorium.)
Nach kurzer Pause verländet der Vorsitzende:
Von allen Beweisanträgen will das Gericht zunächst Herrn Dr. Hirschfeldt als Sachverständigen darüber vernehmen, ob er auf Grund der bisherigen Verhandlung ein Gutachten darüber abgeben wolle, ob der Angeklagte homosexuell veranlagt ist und ob er diese Veranlagung betätigt hat.

Dr. Magnus Hirschfeldt wird als Sachverständiger vereidigt und führt aus: Ich muß sagen, daß ich aus der Beweis- aufnahme die wissenschaftliche Ueberzeugung gewonnen habe, daß objektiv eine

Abweichung von der Norm bezw. von dem Gefühl der Mehrheit im Empfindungsleben des Grafen Kuno Rolke vorliegt, und zwar um eine zweifelloso unverschuldete angeborene und nach meiner Ueberzeugung ihm selbst auch nicht bewußte Anlage, die man als homosexuell zu bezeichnen pflegt. Wir verstehen unter homosexuell jemanden, der sich in Liebe zu Angehörigen des gleichen Geschlechts hingezogen fühlt, ob er sich dabei homosexuell betätigt, das ist vom naturwissenschaftlichen Standpunkt aus neben- sächlich. Ich habe nach den Aussagen der Frau v. Elbe und ihres Sohnes die Ueberzeugung gewonnen, daß die Symptome der Homosexualität bei dem Kläger recht deutlich zutage treten. Bei den Schilderungen der Frau v. Elbe hatte ich daselbe Gefühl wie so oft bei ähnlichen Fällen: Das ist die schmerzliche Tragik der Ehe eines unbewußt homosexuell empfindenden Menschen, die in dem Falle besonders kompliziert ist, daß sie mit einer Frau geschlossen wurde, die bereits vorher verheiratet war und die ihren Mann nach meiner Auffassung außerordentlich stark liebte und sich deshalb in ihrer Ehe absolut unbefriedigt fühlte. Nach weiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über das Wesen der Homo- sexualität sagt Dr. Hirschfeldt sein Urteil dahin zusammen: Nach meiner Ueberzeugung ist der Beweis hier erbracht worden, daß hier ein von der Norm abweichendes Empfinden vorliegt. Wider die Norm ist aber nicht gleichbedeutend mit wider die Natur. Ich bin nach meinen Beobachtungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Homo- sexualität keine Krankheit ist, sondern im Plane der Natur liegt. Ich will wünschen, daß man deshalb von diesem Prozeß auch sagen kann, daß er aus der Dunkelheit über diese Frage zum Licht führt. Um die Soldaten vor Mißbrauch der Dienstgewalt zu schützen, bedarf es nicht des auf falschen Voraussetzungen beruhenden § 175, der wirklich übergenug Opfer gefordert hat.

Vorsitzender Dr. Kern: Herr Sachverständiger, gibt es nicht verschiedene Arten von Homosexualität? Wir wollen nicht von den schlimmsten Arten sprechen, die gestern hier zur Sprache gekommen sind, sondern von den weit harm- loseren. Würden Sie zum Beispiel darin, daß jemand

das Taschentuch seines Freundes zärtlich an den Mund drückt, eine Betätigung einer homosexuellen Veranlagung erblicken? **Dr. Magnus Hirschfeldt:** Es kommt darauf an, wenn man in einer Betätigung der Homosexualität lediglich sexuelle Handlungen erblickt, so würde ich in der Handlung mit dem Taschentuch keine Betätigung erblicken. Trotzdem könnte man auch hierin im engeren Sinne einen homosexuellen Akt erblicken. Ich persönlich halte dies nur als ein Zeichen der Innigkeit des seelischen Empfindens.

Vors.: Gibt es auch Homosexuelle, die allein darin schon ihre Befriedigung finden, daß sie sich in den Kreisen homosexuell veranlagter Männer bewegen?

Dr. Hirschfeldt: Vielen gewährt dies allerdings eine rein äußerliche Befriedigung. Ich bin jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß die übrigen hier genannten Herren des Kreises es vielleicht verstanden haben, ihre Reigungen zu verbergen. Gerade ein Homosexueller ist immer gewillt, seine Neigung zu kaschieren. Es kommt häufig vor, daß ein homo- sexuell veranlagter Mann sich so bewegt, daß seine nächste Um- gebung nichts von seiner Veranlagung bemerkt. Wenn dann plötz- lich diese zur Kenntnis gelangt, hört man häufig, daß hätte niemand geglaubt, daß der auch „so“ ist.

Justizrat v. Gordon: Würden Sie sich nicht in Ihrer Ansicht ändern, wenn ich Ihnen sage, daß der Herr Graf Rolke in Breslau längere Zeit vor seiner Heirat

ein weibliches „Verhältnis“ hatte?

Dr. Hirschfeldt: Nein, das ändert nichts an meinem Gutachten.
In Anknüpfung an das Gutachten des Dr. Hirschfeldt ent- wickelt sich eine sehr lebhafte Erörterung über die einzelnen Schattierungen und Nuancen, die auf dem großen Gebiete der Homosexualität zu beobachten sind. Es beteiligen sich daran die beiden Sachwalter, der Angeklagte und der Sachverständige Dr. Magnus Hirschfeldt. Diese mehr wissenschaftlichen Ausführungen nehmen längere Zeit in Anspruch. Es wird unter anderem davon gesprochen, daß es nicht ausbleibt, daß Homosexuelle sich auch verheiraten, da sie mehrfach von ihrer Umgebung zur Verheiratung gedrängt werden, daß sich dann zu dem Unglück ihrer anormalen Veranlagung auch noch das Faktum einer unglücklichen Ehe tritt, daß viele Homosexuelle ihre Reigungen kaschieren usw. usw.

Graf v. Rolke: Mein Freundesverhältnis zum Fürsten zu Eulenburg ist ein durchaus reines und männliches. Es befugte sich, als ich in München mit ihm zusammen kam und er mich in Künstlerkreise einführte, in Kreise, wo Lenbach, Knil- bach usw. verkehrten, wo es geistig hoch herging und wo man viele Anregungen empfing. Diese Freude über den Verkehr mit einem geistig anregenden Manne hat sich in unserem schriftlichen Verkehr ausgedrückt.

Verteidiger Justizrat Bernstein: Der Sachverständige hat sich ebenso wie Dr. Roll und andere selbst über Homosexualität in der „Zukunft“ geäußert und kennt doch wohl den Standpunkt des Angeklagten zu dieser Frage. Trauen Sie ihm zu, daß er jemand nur wegen seiner homosexuellen Reigungen in seiner Zeit- schrift angreifen wird?

Sachverständiger Dr. Hirschfeldt: Nein!
Bei der weiteren Erörterung werden hauptsächlich Fragen berührt, die sich auf die sexuellen und psychologischen Eigenschaften der Homosexuellen und die Folgen dieser Eigenschaften im ehe- lichen Verkehr beziehen.

Dr. Hirschfeldt bemerkt hierbei, daß Graf Hohenau seine homosexuelle Veranlagung außerordentlich vor- sichtig verbergen gehalten habe.

Garden: Würde der Herr Sachverständige bei dieser Meinung bleiben, wenn er erfährt, daß Graf Hohenau ausleidi mit dem Grafen Lynar mit den von ihnen gebrauchten Soldaten im Park der Villa Selt getrunken hat, sich von ihnen

beim Vornamen nennen ließ und ihnen Briefe geschrieben hat mit dem Ausdruck „Ant. Schloß“?

Dr. Hirschfeldt: Hier handelte es sich auch um Mit- schuldigen.

Garden: Herr Dr. Hirschfeldt hat den Privatkläger lange gesehen und reden hören. Der Privatkläger wendet sonst vielleicht noch mehr kosmetische Mittel an als es hier der

Fall ist. (Graf Rolke schlägt erregt mit der Faust auf den Tisch.) Ich bitte, sich nicht zu erregen. Es ist beschworen, daß der Kläger Roll auslegt und die Verwendung kosmetischer Mittel ist doch nichts Ehrenwürdiges. Ich frage, ob der Herr Sachverständige nach seinem persönlichen Eindruck von dem Privatkläger sagen kann: das ist ein normaler preussischer General.

Dr. Hirschfeldt: Ich kenne den Kläger zu wenig, um darüber urteilen zu können. Den Homosexuellen ist allerdings meist ein femininer Einschlag eigen, ich kann aber noch nicht sagen, ob dies bei dem Privatkläger der Fall ist.

Graf Rolke: Ich bitte, meine beiden Diener darüber zu vernehmen, welche kosmetischen Mittel ich anwende. Man will mir hier einen

weiblichen Anstrich geben, den ich nicht besitze.
In der weiteren Erörterung weist Garden darauf hin, daß Homosexuelle, die sich gezwungen sehen, ihre wahre Veranlagung vor der Welt durch eine Maske zu verbergen, durch diese innere Unwahrscheinlichkeit leicht großen Schaden anrichten können, wenn sie in größerer Zahl sich um die Person des Monarchen gruppieren und diesem ein falsches Bild der realen Verhältnisse geben.

Dr. Hirschfeldt bemerkt hierzu, daß die Charaktere der Homosexuellen sehr verschieden seien.
Auf eine bezügliche Frage des Justizrats Dr. v. Gordon setzt der Sachverständige Dr. Hirschfeldt auseinander, daß er aller- dings Michelangelo als Homosexuellen in Anspruch nehmen müsse. Das Friedrich den Großen betrifft, so sei das eine viel er- örterte Frage. Es werde vielfach angenommen, daß bei Friedrich II. ein sehr starker homosexueller Einschlag vorhanden war. Redner setzt des längeren auseinander, weshalb auch er dieser Meinung sei. Durch Friedrichs des Großen ganzes Leben zog sich eine Kette der ausgesprochensten innigsten Männerfreundschaft.

Graf Rolke: Ich muß noch einmal aufs entschiedenste wiederholen, daß ein solcher Kreis, wie er in der „Zu- kunft“ angedeutet ist, nicht existiert. Ich bestreite dies nachdrücklich! Wenn ein solcher Kreis existierte, so mühte doch nachzuweisen sein, daß dieser Monsieur Lecomte einmal an der Tafel des Kaisers Platz genommen hätte, was nicht der Fall ist.

Verteidiger Bernstein: Herr Garden hat niemals von der Tafel des Kaisers gesprochen.
Justizrat Dr. v. Gordon: O bitte, es steht doch in den Artikeln von der Tafelrunde.

Garden: Es ist nur von der Tafelrunde des Fürsten Eulenburg die Rede.
Justizrat Dr. v. Gordon hält es für durchaus notwendig, nun auch den zweiten Sachverständigen, Dr. Metzsch, zu hören.

Darauf tritt eine Pause bis 4 Uhr ein.
Nach Wiedereröffnung durch Amtsdirektor Dr. Kern wird der zweite Sachverständige Dr. med. Georg Metzsch vernommen.

Vors.: Sind Sie nach dem, was Sie gehört haben, voraus- gesetzt, daß die Bekundungen der Frau v. Elbe richtig sind, der Meinung, daß der Privatkläger homosexuell veranlagt ist?

Sachverst. Dr. Metzsch: Nein. Der hohe Gerichtshof hat das außerordentlich klare Gutachten meines Mitarbeiters gehört, doch glaube ich, daß ich doch zu einem anderen Ergebnis kommen muß. In den inkriminierten Artikeln ist von Herrn Garden dem Privatkläger das Vorhandensein normwidriger Triebe zum Vorwurf gemacht worden. (Garden ruft: Wo?) Was versteht man unter krankhaftem Geschlechtssinn und Geschlechtstrieb? Eine Norm ist im sexuellen Leben absolut nicht festgelegt. Der Privat- kläger hat im Alter von 47 Jahren die Ehe geschlossen und Jahre hindurch ein ganz normales Leben geführt, bis dann eine sogenannte psychische Impotenz bei ihm eingetreten sein dürfte, die auf diese oder jene Eigenschaften der Frau zurückzuführen sein dürfte. Das Gerücht von dieser Impotenz ist von der Seite verbreitet worden, die sich un- befriedigt durch den Verkehr mit ihrem Gatten fühlte und aus das Gerücht von der Homosexualität ist von derselben Seite aus- gegangen. (Garden und sein Verteidiger rufen laut: Beweise!) **Dr. M.** fährt fort: Frau v. d. Marwitz wird es bekunden. (Unruhe.)

Justizrat Bernstein: Ich bestreite nach dieser Bekundung die Qualität dieses Herrn als Sachverständigen überhaupt.
Ich beantrage an Stelle dieses Herrn Herrn Prof. Eulenburg oder Herrn Dr. Roll als Sachverständiger zu vernehmen.

Garden: Woher ist dem Herrn Dr. Metzsch bekannt, was Frau v. d. Marwitz demnachst sagen wird?

Dr. Metzsch: Ich habe über das Geschlechtsleben des Grafen v. Rolke auch bei Personen aus der Umgebung desselben Nachfragen gehalten und habe festgestellt, daß Graf v. Rolke ein durchaus korrektes, unantastbares Geschlechts- leben geführt hat und dann eine psychische Impotenz eingetreten ist. Was die Homosexualität betrifft, so hat der Privatkläger keine krankhaften Züge dem anderen Geschlecht gegen- über aufgewiesen. (Unterbrechung durch Garden.) Was die Homo- sexualität angeht, so liegt kein Anhaltspunkt vor, daß sein Ver- halten dem Fürsten Eulenburg gegenüber irgendwelche Rückschlüsse gestattet sind. Graf v. Rolke ist eine

ideale überschwängliche Natur und ... **Justiz. Bernstein** unterbrechend: Ich bestreite dem Herrn Dr. Metzsch, daß er vermöge seiner besonderen Kenntnisse auf dem Gebiete als Sachverständiger qualifiziert ist. Der Vor- sitzende war in der Lage, den Herrn wiederholt zu unterbrechen und ihn darauf hinzuweisen, daß er sein Gutachten nur auf Grund der Ergebnisse dieser Verhandlung abzugeben hat und nicht auf Grund privater Erkundigungen. Ein Sachverständiger, der in dieser Weise alle zwei Minuten unterbrochen werden muß, ist nicht imstande, hier als Sachverständiger zu fungieren. Ich pro- testiere gegen dessen weitere Vernehmung und schlage wiederholt Herrn Prof. Dr. Eulenburg oder Dr. Roll als Sachverständiger vor.

Justiz. Dr. v. Gordon: Ich halte gerade Herrn Dr. Metzsch vorgeschlagen, weil er der zweite Vorsitzende des wissenschaftlich- humanitären Komitees ist und genau dieselbe Grundanschauung hat, wie Dr. Hirschfeldt.

Garden: Ich habe wohl an die 50 Briefe von Ärzten bekommen, in denen es hieß, daß ich gegen diesen Sach- verständigen doch sofort protestieren müßte, da nicht der geringste Grund vorliegt, diesen Herrn als Sach- verständigen gelten zu lassen. Ich frage, auf Grund welcher wissen- schaftlichen Arbeiten Herr Dr. Metzsch, der in der Chausseestraße praktiziert und an seinem Hause ein Schild hat: „Krst für Haut- und Geschlechtskrankheiten“ zur Qualität eines Sachverständigen kommen soll?

Vors.: Herr Dr. Metzsch sind Sie schon einmal Sachver- ständiger gewesen?

Dr. Metzsch: Gewiß, schon sehr häufig!
Justizrat Bernstein: Ich wiederhole, daß sich dieser Sach- verständige einseitig auf Angaben stütze, die ihm vom Privatkläger und dessen Freunden gemacht worden sind. Das Gutachten des Dr. Hirschfeldt war das Muster eines völlig unparteiischen Gutachtens, Dr. Metzsch kann aber nicht als unparteiisch gelten.

Das Gericht zieht sich zur Beratung über diesen Ablehnungs- antrag zurück.
Vors. Dr. Kern publiziert darauf folgendes: Das Gericht will dem Sachverständigen durchaus nicht nahe treten, es ist aber der Ansicht, daß der Sachverständige

außerhalb der Beweisaufnahme ein Bild gewonnen hat, welches er nunmehr in seinem Gutachten wiedergibt. Dies hält das Gericht nicht für zulässig und nimmt deshalb von der weiteren Vernehmung Abstand.

Auf die Frage, ob noch weitere Beweisanträge gestellt werden, erklärt Justizrat Bernstein u. a.: Ich habe wesentliches Interesse

Dritter Wahlkreis.

Sonntag, den 27. Oktober, abends 6 Uhr, im großen Saale der Neuen Armeehallen
(Gebr. Mieth), Kommandantenstraße Nr. 58/59:

Öffentliche

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 241/20*

Vortrag des Redakteurs Genossen Heinrich Ströbel über:

„Unser Kampf gegen Volkseutrechtung u. Volksausbeutung.“

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. — Tanz frei.

Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet

Der Vorstand.

29. und 41. Kommunal-Wahlbezirk.

Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in den Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung:

1. Der Freisinn im roten Hause. Referent Stadtverordneter Hermann Schubert.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Genossen des 1., 5. und 6. Wahlkreises haben die Pflicht zu erscheinen und für regen Besuch zu sorgen.

237/9*

Das Wahlkomitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Öffentliche

Kommunalwählerversammlungen.

Tages-Ordnung: 267/9*

Politisches u. Sozialpolitisches aus dem Roten Hause.

Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

für den 35. Wahlbezirk bei Groterjan, Schönhauser Allee 130, und
in Obiglos Festsälen, Schwedterstr. 23/24;

Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

für den 32. Bezirk bei Dase, Brunnenstr. 154,
für den 34. Bezirk: Berolina Festsäle, Schönhauser Allee 28,
für den 36. Bezirk: Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder-
straße 42,

für den 44. Bezirk: Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 26,
für den 48. Bezirk: Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58;

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

für den 45. Bezirk: Arlus-Hof, Perlebergerstr. 36.

Referenten sind die Stadtverordneten: Borgmann, Bruns,
Dupont, Fischer, Glocke, Leid, Pfannkuch, Ritter.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

VI. Wahlkreis!

Sonntag, den 27. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße Nr. 188:

Öffentliche Versammlung.

Vortrag des Gen. Joh. Haß über: Die Kulturbestrebungen der Sozialdemokratie.

Nachher: Gemütliches Beisammensein u. Tanz. 267/11*

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler u. deren Berufsgenossen. (E. H. No. 86 Hamburg.) Mitglieder-Versammlungen

finden statt

Bezirk A: am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 5.
B: am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, Wienerstraße 25 bei Ehlert.
C: am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, Alte Jakobstr. 18/19 bei Schulz.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom 3. Quartal 1907. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.

8576

Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Am Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel,
Bergstraße 151-152:

Branchen-Versammlung der Bautischler.

Es ist Pflicht eines jeden Bautischlers, zu erscheinen.

96/15

Der Obmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1287

Montag, den 28. Oktober 1907, abends 8 Uhr:

Versammlung

der Elektromonteur- und Hilfsmonteur-
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Verlauf unserer Bewegung. Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.
- Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Darum ist es notwendig, daß für einen guten Besuch der Versammlung gesorgt wird. Keiner darf fehlen!

Montag, den 28. Oktober 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

der in den Eisengießereien beschäftigten Former
und Berufsgenossen

(Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes)

im Weichen Saale der Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 110.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Ruhe und Arbeiterbewegung“. Referent: Kollege Adolf Wuschik. 2. Die Berliner Eisengießereien im Winter. 3. Branchenanliegenheiten.
- Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß folgende
neue Zahlstellen errichtet sind:

Otto Kasper, Schöneberg, Bennigsenstr. 23/24.

Paul Anders, Berlin N., Böttgerstraße 4.

Karl Siewert, Charlottenburg, Helmholzstr. 33.

Otto Gaßmann, Berlin N., Badstraße (Ecke der
Grünthalstraße).

154/18

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.

Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Verlauf unserer Herbstbewegung unter besonderer Berücksichtigung des Streiks bei der Firma Menzel. Referent: Kollege F. Leopold. 2. Die Delegiertenwahlen der Ortskrankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter. 3. Die Lohnbewegung der Leipziger Klavierarbeiter. 4. Sonstige Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Die am 6. November fällige Vertrauensmänner-Versammlung findet der Stadtverordnetenwahlen wegen nicht statt. Die Vertrauensleute haben sämtlich in der Branchen-Versammlung zu erscheinen, wo auch eine Kontrolle der Vertrauensmännerkarten stattfindet.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Besuch erwartet

Die Branchenkommision.

Achtung! Bautischler. Achtung!

Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Docker,
Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Spruch des Einigungsamtes und die Zustände der Unternehmer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
- Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß jeder einzelne in der Versammlung erscheint!

96/14

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Branchenkommision.

Sonntag, den 27. Oktober cr., vormittags 10 Uhr, im
Marienbad, Badstr. 35/36:

Öffentliche Versammlung

aller in der

Lederfabrikation

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des ehemaligen Kollegen Wernuth über „Moderne Sozialismus“. 2. Berichterstattung des Kol. Runge über die Verhältnisse in den einzelnen Fabriken. 3. Diskussion hierüber. 4. Verschiedenes.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches sowie pünktliches Erscheinen jedes einzelnen Pflicht, um hiermit zu beweisen, daß er mit den bestehenden Verhältnissen nicht zufrieden ist.

144/7

J. H.: Franz Runge.

Soeben erschienen:

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

abgehalten zu Essen a/Ruhr

vom 15. bis 21. September 1907.

Preis 1,- M.

Kart. 1,25 M., gebunden 1,50 M.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knap-
pötte. Haltbarste Pilot-Taschen.
Große Bänder umloopt.

Die Herkules-Hose 4 M. 50
Monteur-Padlets „Edison“,
schlauer Körper oder Dreß 2 M. 65
Monteur-Hosen „Edison“,
schlauer Körper oder Dreß 2 M. 25
Manchester-Hosen Gambinus 6 M. 50
Pauschelt-Padlets Gambinus 11 M. 50
Waler-Kittel 3,50, 2 M. 40
Rechamien-Kittel (braun) 3,25, 2 M. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 3 M.
Stiefel-Mutze 7,25, 6,-, 5 M. 50
Weiße Padlets für Pelzwerk, kleiner
Konditor, Röcke usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Fünfter Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs.

Zu Beginn der heutigen Sitzung erstattete der Vertreter der Eisenbahnerorganisation, Müller, einen eingehenden Bericht über den Verlauf und Erfolg der Resistenzbewegung und teilte mit, daß die Organisation der Eisenbahner mit 55 000 Mitgliedern über das ganze Reich ausgedehnt sei.

Der Gewerkschaftskongreß beklagt den durch viele Jahre anhaltenden Stillstand auf dem Gebiete der Sozialreform um so mehr, als dieser Stillstand von den nachteiligsten Auswirkungen für die gesamte Arbeiterschaft ist.

Er führte aus, der Sieg der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bei den Reichsratswahlen habe Hoffnungen und Sehnen in der Arbeiterschaft ausgelöst, daß es endlich gelingen werde, jene Widerstände zu brechen, welche den Stillstand in der Sozialpolitik verursacht haben.

Zum Schlusse seiner Ausführungen gab Abg. Veer der Hoffnung Ausdruck, daß das Abgeordnetenhaus nach Erledigung des Ausgleichs seine Tätigkeit dem Gebiete der sozialen Reformen zuwenden und nützbringende Arbeit für die große Masse des arbeitenden Volkes leisten werde.

In der Debatte sprach zuerst Dr. Friedrich Winter. Er erörterte die Rechtsprechung, tabelte die primitiven Ränge, welche den Gewerbeberufen zur Verfügung stehen.

Frau Freundlich verlangte in längerer Rede die Erweiterung des Arbeiterinnenschutzes, insbesondere des Mutterschutzes.

Smitka besprach die Verhältnisse in der Heimarbeit, welche die schlimmste Form der Ausbeutung ermöglichte, und durch welche der Unternehmer alle Kosten und einen großen Teil des Profites des Betriebes auf die Arbeiter überwälzte.

noch eines Fürsorgegesetzes für diese Arbeiter. Obmann der Handelsgehilfen, Bid., nahm entschieden Stellung gegen das Privatbeamten-Versicherungsgesetz und kritisierte die Untätigkeit der Staatthalterei, welche von der Vollmacht, die vollständige Sonntagsruhe zu verordnen, keinen Gebrauch gemacht hätten.

Suchanek erklärte gegenüber der von mehreren Rednern geforderten Abschaffung der Heimarbeit überhaupt, daß dies wenigstens vorläufig nicht möglich wäre und daß bei allgemeinem Verbot der Heimarbeit die Bewohner vieler Gebiete zum Hungertode verurteilt wären.

Nach einem Schlussworte des Referenten wurde dessen Resolution mit dem Zusätze des Abg. Forstner wegen Einbeziehung der Schiffs- und Hafenarbeiter in die Krankenversicherung einstimmig angenommen.

Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage

Der Gewerkschaftskongreß erblickt im Alkoholisismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Gewerkschaften.

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariates sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bildet aber die Aufklärung über die Alkoholwirkung und die Erschütterung der Trinkwurzeln.

Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt daher allen Organisationen und Genossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Organisationen.

Den für die Abstinenz gewonnenen Genossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluß in Abstinenzvereine zu empfehlen.

Aus der Frauenbewegung.

In der „Zeitschrift für Sozialwissenschaften“ gibt Dr. Helene Stöcker einen Ueberblick über die praktische und theoretische Arbeit des unter ihrer Leitung stehenden Bundes für Mutterschutz in Berlin.

Der Bund hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, diese Ungleichheiten in ihrer schwersten Zeit moralisch und materiell zu unterstützen, ihnen bei der Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen den Vater des Kindes zur Seite zu stehen und ihnen auch später zur Erringung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit behülflich zu sein.

Ueber die Frauen, die sich in den drei Jahren seit Wesehen des Bundes an ihn gewandt haben, macht Dr. S. Stöcker folgende Angaben.

gab. Sie gehörten den verschiedensten Berufsgruppen an; es waren unter ihnen 59 Dienstmädchen, 12 Bierkosterinnen, 39 Handlungsgehilfen, Kontoristinnen, 33 Heimarbeiterinnen, 16 Arbeiterinnen, 3 Schaupielerrinnen, 3 Lehrerinnen, 2 Berufslose.

Table with 3 columns: Age group, Number of women, Marital status (dabei 10 verheiratet).

Es kamen also auch verheiratete Frauen, die meist von ihrem Manne getrennt leben und sich in derselben Notlage befinden wie die unehelichen Mütter.

Das Einkommen der Mütter war natürlich im allgemeinen ein höchst beschränktes: bei Dienstmädchen 10-30 M. monatlich, bei Arbeiterinnen 8-35 M., bei Handlungsgehilfen 18-100 M., bei Schaupielerrinnen 70-180 M. usw.

Ausfichten auf Heirat bestanden 37 Fälle unter den 180, aber fast alle unsicher. Ueber die Väter - vielfach weigerten sich übrigens die Frauen, darüber irgend welche Auskunft zu geben - konnte folgendes ermittelt werden:

Table with 3 columns: Age group, Number of fathers, Marital status (dabei 42 Jahre).

Dem Berufe nach waren 33 Handwerker, 22 Kaufleute, 10 Beamte, 9 Militäre, 8 Militäre, 6 Arbeiter, 2-3 Offiziere, Verzte, Schriftsteller, Dr. phil., Dr. med., Rentner, 1-2 Lehrer, Studenten, Schullehrer, Baumeister, Ingenieure, Juristen usw.

Der Bund für Mutterschutz hat außerdem unter Mithilfe von Professor Dr. Mayer eine Petition ausgearbeitet und an Bundesrat und Reichstag des Innern eingereicht, die die Einführung einer Mutter- und Kinderversicherung unter Anlehnung an die gewöhnliche Krankenversicherung und deren Ausdehnung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstmädchen und Heimarbeiter verlangt.

Eingegangene Druckschriften.

- Morgen, Wochenblatt für deutsche Kultur. Nr. 19. Preis 50 Pf. Verlag: Harquardt u. Co., Berlin W. 50.
Reclams Universalien. Heft 3. Wöchentlich ein Heft. Preis 30 Pf. Verlag: W. Reclam in Leipzig.
Entwässerungen aus der Praxis des deutschen Rechtsanwälters, ein Beitrag zur Frage der Wasserreinigung von R. Diefenbach. Preis 1.- M.
Christ! Ein „Kannibal ante portas!“ von L. Beyer u. Erhardt. 256 Seiten. Verlag: H. Walther, Berlin W. 30.
Die neue Wera der deutschen Kolonialpolitik. Vortragsreihe des Böhmer. Bd. 3, Heft 4. Preis 60 Pf. Verlag: E. Heymann, Berlin W. 8.
Wissenschaft und Bildung. Band 15: Die babylonische Weltkultur in ihren Beziehungen zur Kulturentwicklung der Menschheit. Von Professor Dr. Q. Bieder. - Band 19: Das Neuenstein und die Schicksale des täglichen Lebens. Von Privatdozent Dr. Paul Schuler. In 3 Bänden. 1.25 M. - Band 31: Moderne Chirurgie für gebildete Laien. Von Geheimrat Dr. H. Thomann. Leinwand 1.25 M. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.
Deutsch Gelad. Serie 1, Heft 9. Herausgegeben von H. Dames. Preis 50 Pf. Verlag: Helios, Berlin, Invalidenstr. 131.
Gedankenreform. Nr. 20. Organ der deutschen Gedankenreform. Schriftleitung: H. Dames. Verlag: J. Herwig Nachf., Berlin SW. 48.
Blätter für Volksgesundheitspflege. 10. Heft. Organ des Deutschen Vereins für Volksgesundheitspflege. Verlag: Volkswirtschaft, Berlin W. 30.
Soziale Tagesfragen. Heft 6: Handwerkerfragen. Von Dr. H. Engel. 1 M. - Heft 19: Invalidenversicherung und Wohlfahrtspflege. 60 Pf. Verlag: Volkswirtschaft für das laiholfische Deutschland in M. Gladbach.
Die Suchtverkopfung und deren Behebung ohne Narkotika. Von Elisabeth Goldbach. Wien. Verlag von Gunder u. Lahme Nachf. Preis 60 Heller.
Gabel, Das Weib, sein unglückliches Schicksal in der gegenwärtigen Gesellschaft, kein Bild in der zukünftigen Gesellschaft. Vortrags von Dr. Hugo Lindemann. Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze. 18. Heft. Verlag von W. Ernst, München. Preis 40 Pf.

Witterungsübersicht vom 25. Oktober 1907.

Table with 4 columns: Stations, Barometer, Wind, Weather, Temperature.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 26. Oktober 1907. Zeitweise heiter, am Tage nährer, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Theater. Sonnabend, den 26. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.

Berliner. Theat. des Jahres. Die Hölle wohnt im Keller. Kapitan Braubounds Bekehrung.

Ferdinand Bonn Berliner Theater. Anfang 8 Uhr. Sherlock Holmes Sonntag: Der Paroli. Der Präsident. Abschied vom Regiment.

Neues Theater. Wende 8 Uhr: Die Waffen wieder! Sonntag: Die Waffen wieder! Montag: Die Waffen wieder!

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Im Sperlingsneft. Lortzing-Theater. Abends 8 Uhr: Hans Heiling.

DERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurterstr. 192. Sprea-Athener. Berl. Volksklub mit Gesang von Schwarz-Keilungen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge
und die Eiszeit unserer Heimat.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Hörsaal 8 Uhr:
Professor Dr. B. Donath:
Das magnetische Kraftfeld und
die elektromagnetische Induktion.
Invalidenstr. 57-62. Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn,
Doppelsterne, Nebelflecke.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung:
Aschenbrödel.
Abends 8 Uhr:
Turandot.
Sonntag 3 Uhr: Rutterlegen. —
Abends: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: Rutterlegen.

WINTERGARTEN
Anfang 8 Uhr.
Vorletzte Woche
Ruth St. Denis
Glänzendes Programm.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Das kolossale Programm.
Um 9 1/2 Uhr:
Berlins größte Sensation:
Sylvester Schäffer jr.
der weltberühmte Universalkünstler.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Stiftungsfest
des Vätervereins „Atlas“.
Anfang 9 Uhr. Ende 7 1/2?
Sonntag:
Das Rätsel seiner Ehe.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Ball.
Kasino-Theater.
Zofingergasse 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis 30. Oktober.
Die wilde Jagd.
Luftspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda.
Am 31. Oktober zum erstenmal:
Dieberleute.
Sonntag nachm. 4 Uhr: **Nick Carter.**

Garderoben
für Herren und Damen.
Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung. — Kleinste Anzahlung.
D. Lechner
Brunnenstr. 192, 6tes Haus vom Rosenthaler Tor.
Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. 414L*

Arbeiter finden für den Winter 4702*
gute und billige Unterkleider in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, jetzt nur Gelber Laden.

300 volle 8-Pfennig-Zigarren für 13,50 M.
300 großart. 10-Pf.-Zigarre 15,50 M., 300 feinste 7-Pf.-Zigarre 12,— M.,
300 ff. 5-Pf.-Zig. 9 M. Berndt & Co., Zig.-Fabr. 5W., Hagelbergerstr. 46.

Vorwärts Restaurant, Spandau, Schönwalderstr. 80.
Eingigstes Partikelokal u. Bundesfeier-
stätte auf dem Wege zum Sportpark.
Jeden Sonntag gr. Ball. Paul Kumpfe.



Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: **Reiterattache.**
Schwank in 3 Akten von Stobber
und Fritz Friedmann-Friedrich.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Reiterattache.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Schmuggler.
Schiller-Saal — Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag 8 Uhr: **Nieder- und Duellabend von Julius Liebau**
und **Helene Liebau-Globig.**
Montag 7 1/2-8 1/2 Uhr: Vortrag von Dr. Max Lehmann: **Andreas**
Schlüter. Mit und Neu-Berlin. — 9-10 Uhr: Vortrag v. Ed. Bern-
stein: **Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte.**

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Mr. Leu,
der künstliche Mensch.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung!
U. a.: Auftreten des Kanonen-
königs **Mons. Gus. Harris!**
Ferner: **Geschw. Amato.** —
Frl. **Martha Mohrke, Schulreit.**
Hrn. **E. Schumanns Orig.-Dress.**
Les Bastions u. d. gr. Programm.
Um 9 1/2 Uhr:
Auf der Hallig.
Riesen-Illusions-Akte
unter Wasser.
Sonntag: 2 gr. Gala-Vorstell.
nachm. 4 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollaender. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a. D., F. Massary
B. Darmand a. D. E. Whitney a. D.
Bender, Giampietro, Josephi
Rauchen überall gestattet.
Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Zum 35. Male:
Geteilte Liebe
Antiquitäten — Unter Teil.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Ein Drama in 5 Aufzügen von
Heinrich v. Kleist.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Monna Vanna.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.

Zirkus Schumann
Heute: Sonnabend, 26. d. Mts.,
abends präz. 7 1/2 Uhr:
VI. Grande Soiree High-Life. — Gala-
Programm und neue Debüts.
Ferner: **Mathilde Renz.** — **Dora**
Schumann. — **Ernst Schumann.** —
Willy Florence. — **Mr. James Dumb.** —
Reiterfamilie Humel. — **Les Monbars,**
fliegende Reiter. — **Sämtliche**
Spezialitäten u. Dir. Alb. Schumanns
neueste Reiterdresuren.
Um 9 1/2 Uhr: **Rum 28. Male:**
Die diesjährige gr. Wasserpantomime:
Eine Fortsetzung der berühmtesten
und populärsten Pantomimen
Die lustigen Heidelberger:
Ein Fest
auf dem Neckar.
Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen.
Nachmittag ein Kind frei.

Gebr. Herrnfeld-
Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Lach-Komödien
seit 17 Jahren:
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske, Musik
von L. Stal.
Es lebe das Nachtleben!
Separat-Affäre in 2 Akten.
Seide Stüde mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Schafisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Sonntag, den 3. November, 1/8 Uhr:
Kunst-Abend.
Leitung: **Margarete Walkotte.**
Mitwirkende:
Emil Richard, königl. württemberg. Hofchauspieler,
bedeutendster Dialekt-Humorist der Jetztzeit.
Kun Arpad, der 12jähr. Violinvirtuos. Frl. **Dibbern,** Konzert-
sängerin. **Marg. Walkotte,** Flügel: Herr **Bernh. Nitzsch.**
Entree 60 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Engel-Ufer 15.
Abendkasse 75 Pf. 296b*

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Danny
Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater an der Spree
7 1/2 Köpenickerstraße 68. 7 1/2
Abends 8 Uhr:
Telephon-Scheimnisse.
Schwank mit Gesang in 3 Akten.
Täglich 8 Uhr:
Telephon-Scheimnisse.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Der glänzende
Oktober-Spielplan.
Paula Duval,
Dressur.
Dicky und Polly,
Erzentrill.
Die 5 Harmonieura
und 8 Attraktionen.
Neu!
Tante Malchen.
Schwank.

Walhalla-
Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische
16 Springer
Edi Blum,
der beliebte Komiker.
12 internation. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Tunnel: Konzert f. Theaterbes. frei.

Sanssouci Kotbuser-
Straße 6.
Dir.: **Wilhelm Reimer.**
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Morgen, Sonntag:
Gr. Elite-Soiree, Tanz.
Sonnt. Beg. 5, nachm. 8 U.
Dienstags und Freitags:
Gefh. d. Berl. Volkstheater.

Buggenhagen
Montzplatz.
..... im Theateraal täglich:
Bas
nene Oktober-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag 7 Uhr. (Sonntags
referiert 1 M., Entree 50 Pf.)
Familienbillets a 40 Pf.
Unter
täglich **Militär-Konzert.**
Beder, Pradwarski, Görlich,
Reumann, Offeney und Leitlich.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Ante im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. 8 Uhr. S. Sonntags 7 Uhr.

Raucher bevorzugen allgemein
TUMA
Zari 2s
Sivri 3s
Cigaretten
Zigarettenfabrik „TUMA“, Dresden.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige 15025
Herren-Garderoben
Größt. für Wash-
Anfertigung nach Maass.
Zabuloje Ausbittung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, 2
Eingang Strauckerplatz.

Pelz - Stolas,
Muffen,
Kindergarnitur,
nur streng reelle Ware,
gibt zu ausserordentlich
niedrigen Preisen bei sehr
grosser Anzahl auch
einzelne ab.
Oscar Arnold
Grosshandlung für
Hüte, Stolas und
Pelzwaren
Dresdenerstr. 116 (Klein
Laden)
Kein Kaufzwang.

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
Vielte für nur 10 Marken ab Platz
von 10 Str. an:
Prima la Goldsteine (bekannte
Marken) . . . pr. Str. 97 Pf.
Herbinand . . . 1,00 M.
Blümenrieder . . . 1,05 M.
la Diamant pr. Str. (110
bis 120 Stk.) . . . 1,10 M.
la Rose u. Blau. . . . 1,10 M.
la Anthrazit-Gade pr. 2,40 M.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Keller je nach Quantum pr. Str.
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-
Bergbau und größeren Abgängen
verlangen Sie meine Spezial-Offerte

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk.
V. Prof. u. Aerz. empl. bill.
Agath. S. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp. Berlin O., Holz-
marktstr. 29-70. Off. verlang.

Nathan Wand
129 Stallherstr. 129.
Die schönsten 414L*
Herren - Winter - Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kapellern getragene Sachen,
selt neu, für jede Figur passend,
speziell Sauchanzüge sind in
großer Anzahl stets zu stammend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stallherstr. 129.
Hochbahnhofstr. Kotbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Lieferant des Berliner Konsumvereins.
Im eigenen Interesse
eines jeden Käufers von Herren- und Knabengarderobe
liegt es, sich von der Leistungsfähigkeit meiner seit
dem Jahre 1879 im Osten Berlins bestehenden Firma
zu überzeugen. Ich führe nur gute und reelle fertige
Bekleidung vom einfachsten bis zu dem elegantesten
Genre. Eine Spezialität meiner Firma ist Anfertigung
nach Maß von besten deutschen und englischen Stoffen
in eigenen Werkstätten im Hause. Garantie für guten
Sitz und tadellose Verarbeitung zu mäßigen Preisen.
Der fortdauernd wachsende Zuspruch aus allen Kreisen
bietet die beste Gewähr für die Reellität meiner Firma.
JULIUS LINDENBAUM
: : Herren- und Knabengarderobe : :
Große Frankfurterstraße 141
Ecke der Fruchtstraße.
Bitte auf Firma und Nummer zu achten.

Lachmann & Scholz
Turmstraße 76. Ottostraße 1.
Bei einem Gesamt-Einkauf von **2 Mk.** an
1 Kasperle-Theater und 1 Jugend-Postamt
= Gratis. =



Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeninhabern, welche am Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu Hilfe zu rufen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft sahen sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitzölne an die Arbeiterschaft zu zahlen.

Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigen die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft **nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.**

Norden:

„Hoffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.

Alle von dieser Firma in den Handel gebrachten Waren werden zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen dieselbe daher ganz besonders.

Lindenbaum, Frankfurterstr. 15, hat verschönernde eine Werkstätte eingerichtet.

„Blitz“, Rosenthalerstr. 9, „Blitz“, Chausseest. 85.

Diese Firma stellt den größten Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.

Baer Sohn, Chausseest. 29/30. Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte für 24 Arbeiter und hat die neunstündige Arbeitszeit eingeführt.

Osten:

„Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 187.

„Blitz“, Frankfurter Chaussee 19, Lichtenberg.

Haake, Landsbergerstr. 91.

Barenhaus Wag Mannheim, Frankfurter Allee 112.

Baer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.

Amerikanische Verkaufshallen, Frankfurter Allee 186.

Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141.

Süden:

„Blitz“, Kottbuser Damm 29/30.

Seitinger, Deutsche Comp., Dranienstr. 40/41,

stellen einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.

Leßle u. Lehrer, Kottbuser Damm 78.

Wormann, Kottbuser Damm 77.

Baer Sohn, Brückenstr. 11.

Esders u. Dykhoff, Dranienstr. 48.

Westen:

„Blitz“, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Rachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt:

S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.

Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.

Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.

Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.

Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.

Wag Schendel, Rosenthalerstr. 3.

D. Verleberg, Chausseest. 57; hatte eine Werkstätte eröffnet, dieselbe aber wieder geschlossen, nachdem das Kammergericht ein für uns ungünstiges Urteil gefällt hatte.

Alex Bohne, Landsbergerstr. 79.

Kommandithaus Schendel, Dranienstr. 88.

Esders u. Dykhoff, Am Dönhoffplatz.

Verkaufshalle „Vulkan“, Frankfurterstr. 5, Frankfurter Allee 134.

Behrend, Grüner Weg 84.

Ringel, Chausseest. 31, Brunnenstr. 47.

Lewy u. Co., Brunnenstr. 50, Wilmersdorferstr. 47.

Vendit, Brunnenstr. 68.

Littmann, Dranienstr. 2.

Schweriner, Chausseest. 113.

Joseph Wandt, Chausseest. 80a.

Th. Jurad, Chausseest. 79.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen. Die Ortsverwaltung.

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116. (Kein Laden) am Oranienplatz.

Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50—7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Größte Auswahl in Hüten, Mützen und Pelzwaren.

Stiefe Herrenhüte v. 2,00—7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Größte Auswahl in Hüten, Mützen und Pelzwaren.

Greift zu!

den besten

Monatanzüge	9,50
Abonnementanzüge	13,00
Wandanzüge	11,00
Partei-Anzüge	12,00
Gehrockanzüge	14,50
Anzüge, Erjak f. Mah	20,50
Paletots	9,50
Hosen	2,00
Joppen	5,00

Moldauer
Prinzenstraße 64, im Laden.
— Straßenbahn-Bergung. —

Nur 3 Tage Montag, Dienstag, Mittwoch.
Normtags nur von 10^h bis 2^h Uhr.
Nachmittags 2^h bis 7^h.

In dieser festgesetzten Zeit kommen zum Verkauf:

ca. 1600 Abendmäntel				ca. 2100 Uebergangsmäntel			
In 4 Abteilungen. Nur Neuheiten! Prachtvolle Stoffe!				In 5 Abteilungen. Nur Neuheiten! Prachtvolle Stoffe!			
Abt. 1	Abt. 2	Abt. 3	Abt. 4	Abt. 1	Abt. 2	Abt. 3	Abt. 4
fr. bis M. 45	fr. bis M. 69	fr. bis M. 88	fr. bis M. 123	fr. bis M. 23	fr. bis M. 27	fr. bis M. 59	fr. bis M. 78
jetzt nur M. 15	jetzt nur M. 22 ¹ / ₂	jetzt nur M. 29 ¹ / ₂	jetzt nur M. 39	jetzt nur M. 6 ¹ / ₂	jetzt nur M. 11 ¹ / ₂	jetzt nur M. 18 ¹ / ₂	jetzt nur M. 25

ca. 800 Mäntel in Plüsch u. Astrachan
in 6 Abteilungen. Nur Neuheiten! Prachtvolle Stoffe!

Abt. 1	Abt. 2	Abt. 3	Abt. 4	Abt. 5	Abt. 6
fr. bis M. 40	fr. bis M. 68	fr. bis M. 90	fr. bis M. 180	fr. bis M. 230	fr. bis M. 300
jetzt nur M. 15	jetzt nur M. 22 ¹ / ₂	jetzt nur M. 33	jetzt nur M. 45	jetzt nur M. 65	jetzt nur M. 82

Sämtl. Original-Modelle, Reismuster und Kopien (selbst für allerstärkste Figuren vorrätig), ferner in Liftboys, Plüsch-jackets, braunen Samtkostümen, Kleidern, Rücken, Blusen etc.

Im Verhältnis im Preise ermäßigt!

Der Einzelverkauf an das wertere Publikum findet nur zu obengenannter Zeit statt, und bitte ich, möglichst vormittags den Einkauf zu besorgen, da zeitweise wegen Ueberfüllung nachmittags geschlossen werden muß!

Hauptgeschäft: **W., Mohrenstr. 37a,** an den Kolonnaden.
Fil.: **O., Gr. Frankfurterstr. 115**
2. Haus v. d. Androsstr.

Konfektionshaus Westmann

Kraft-Rohweld
für Blutarme u. Kranke, ärztlich empfohlen
Fi. 1.50 u. 2 M. überall käuflich

Santa Lucia

In Apotheken, Drogen- u. Delikat Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff

Dankfagung.
Für die vielen reichen wohlthuerenden Teilnahme beim Hinscheiden meiner teuren Frau und unserer guten Mutter, lagen mir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Rote Rette II“ und den Genossen des 486. Bezirkes unseren herzlichsten Dank.

Louis Sander
und Kinder.

Unserem werthen Genossen
Oskar Schultze,
Weberstr. 40a, 4512
zu seinem 50. Wiegenfeste ein dreifaches Hoch!
Die Genossen des 154. Stadtbezirks.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr
Paul Rietdorf
an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Virchow-Krankenhauses nach dem neuen Pauls-Kirchhof, Seestraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Mitglieder, der Klempner
Wilhelm Masäus
und der Kochleger
Gustav Spelinsky
gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
154/17 Die Ortsverwaltung.

Wir empfehlen unseren Lesern nachstehendes Werk:

Berliner Revolutions-Chronik.
Darstellung der Berliner Bewegung im Jahre 1848 in politischer, sozialer und literarischer Beziehung von Adolf Wolff. 234/17^o

Der Preis beträgt statt 4,— M. nur **2,50 M.**

Das Buch enthält die beste Darstellung der Vorgänge in Berlin im Jahre 1848. Da nur eine kleinere Anzahl von Exemplaren vorhanden, ist baldige Anschaffung empfehlenswert.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Billiger Verkauf
der Zentrale für Herren- und Knaben-Garderobe

S. Littmann
nur No. 2 Graniestraße nur No. 2
nahe Hochbahnstation.

Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

Außergewöhnlich billig offeriere ich:

Elegante Winter-Paletots	von Mk. 10,50 an
Hochfeine Eskimo-Paletots	„ „ 14,50 „
Fein, fein engl. Paletots in allen Façons „ „	„ „ 13,50 „
Fein mit Seide gesteppte Eskimo-Paletots in allen Farben und Façons	„ „ 19,50 „
Elegante Herren-Anzüge	„ „ 11,50 „
Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge	„ „ 14,50 „
Feine Kammgara-Anzüge	„ „ 16,50 „
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig	„ „ 22,50 „
Elegante Lodenjoppen in allen Farben und Façons	„ „ 5,50 „
Feine Burschen-Anzüge	„ „ 5,75 „
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter „ „	„ „ 3,50 „
Elegante Herren-Stoffhosen	„ „ 2,50 „

Auch Anzüge für extra korpolente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.

Dieses Inserat wird beim Einkauf von Mk. 10 für 50 Pf. in Zahlung genommen.

Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Kein Kaufzwang!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Ernst Albrecht
am Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Altdorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
154/19 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
Filiale Berlin I.
Am 22. d. M. starb unser Kollege
Wilhelm Plesker
im Alter von 61 Jahren an der Brustkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Magistraße, aus statt.
Baldige Beteiligung erwartet
151/16 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Wilhelm Rotkopf
aus Altdorf, „Eichenwald“ im Alter von 61 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Kallberge statt.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Bezirk IV.

Todes-Anzeige.
Am 22. Oktober verstarb das Mitglied
August Brombey
an Lungenkatarrh.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in der Berufsstraße aus statt. 8635
Um zahlreiches Beileid bittet
Der Vorstand.

Nach schweren Leiden entschlief am 24. Oktober früh 8 Uhr der
Ludwig Käsemann.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um stille Beileid ersuchen
4602 Die Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Hiermit sage allen Freunden und Bekannten meines verstorbenen Mannes **Eduard Brabetz** für ihre Teilnahme an der Beerdigung unseren herzlichsten Dank. 8611
Berlin, den 24. Oktober 1907.
Witwe Brabetz nebst Kindern.

Unsere erprobten und bewährten
Spiritus-Glühlicht-
Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen
zu unseren Listenpreisen

sind erhältlich bei 242L^o

W. Karl Haupt, Tauenzienstr. 14. P. Raddatz & Co., G. m. b. H. Leipzigerstr. 122/123. Emil Riedel, Potsdamerstr. 62. R. & Th. Viereck, Potsdamert. 85.	S. Hermann Arnold, Alexandrinenstr. 110. Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60. H. Kabermann, Prinzenstr. 26.
NW. A. Ahrens, Alts-Moabit 77. O. P. Neuwendorf, Friedrichstr. 130.	SO. Wilh. Krusemark, Oranienstr. 205.
SW. O. P. Neuwendorf, Blücherstr. 12. H. Schollwer, Yorkstr. 49.	Charlottenburg. Emil Rumor, Spandauerstr. 15. Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59.
C. Erich Flosky Nachf., Münnstr. 2. Martin Gölzow & Co., Seydelstr. 26. Holtz & Linke, Landsbergerstr. 58. Dr. Hermann Lux, Alte Schönhauserstr. 30.	Groß-Lichterfelde. Robert Seliger, Sternstr. 23.
N. Reinh. Becker, Invalidenstr. 164. Franz Strauch, Brunnenstr. 64.	Reinickendorf-Ost. W. Malchis, Residenzstr. 115/116.

Zentrale für Spiritusverwertung
G. m. b. H.
Ausstellungs- und Verkaufslokal:
Friedrichstr. 96 BERLIN NW 7., gegenüber dem Zentral-Hotel

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Wir haben uns entschlossen

unsere Warenlager in Herren- u. Knaben-Konfektion, welche z. Zt. einen Wert von zirka **3/4 Millionen Mark** betragen, der schlechten Witterung wegen zu jedem nur annehmbaren Preise zu verkaufen. Ein Teil der Waren ist in Serien eingeteilt und bis zu

50% heruntergesetzt 50%

Die Preise sind derartig enorm billig, daß alle sogenannten

Total-Ausverkäufe

in den Schritten gestellt werden. Der größte Teil der Waren ist in

eigenen Werkstätten hergestellt.

Besichtigung ohne Kaufzwang. Das Wunder Berlins.



Serie 10: Herren-Anzug, 6 ⁴⁵ M.	Serie 5: Herren-Paletots, 6 ³⁰ M.
Partie	schöne Muster
Serie 15: Herren-Anzug, 7 ⁹⁰ M.	Serie 10: Herren-Paletots, 9 ⁵⁰ M.
Cheviot, blau und schwarz	mit Sattel, schöne Muster
Serie 20: Herren-Anzug, 10 ⁵⁰ M.	Serie 15: Herren-Paletots, 12 ²⁵ M.
braun □, das Neueste	auf Atlas, schwarz
Serie 25: Herren-Anzug, 14 ⁵⁰ M.	Serie 20: Herren-Paletots, 15 ⁷⁵ M.
imit. englisch, elegant	engl. Dessins
Serie 30: Herren-Anzug, 16 ⁷⁵ M.	Serie 25: Herren-Paletots, 18 ⁵⁰ M.
Ersatz für Maß, zweireihig	Ersatz für Maß
Serie 35: Herren-Anzug, 19 ⁵⁰ M.	Serie 30: Herren-Paletots, 19 ⁷⁵ M.
pa. Kammg., 100 versch. Muster	das Wunder Berlins
Herren - Hosens, 1 ⁵⁰ M.	Kinder-Anzüge, 2 ¹⁰ M.
von feinsten bis zu	von feinsten bis zu
Herren - Joppen, 2 ⁷⁵ M.	Kinder-Joppen, 1 ⁶⁰ M.
von feinsten bis zu	von feinsten bis zu
Herren - Westen, 1 ¹⁰ M.	Kinder-Paletots, 2 ⁴⁰ M.
von feinsten bis zu	von feinsten bis zu

Nur einige Tage!

Maß-Anfertigung in eigener Werkstatt.

Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.

85 Chaussee-Straße 85	9 Rosenthaler Straße 9
137 Gr. Frankfurter Str. 137	29-30 Kottbuser Damm 29-30
Schöneberg:	Lichtenberg:
10 Haupt-Straße 10	19 Frankfurter Chaussee 19.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Strasse 17-18

Veteranen-Strasse 1-2.

Heute Sonnabend: **Extra-Preise**

ff. Leberwurst Pfd. 95 Pf.	Zwiebelleberwurst Pfd. 48 Pf.
ff. Kaiser-Jagdwurst Pfd. 85 Pf.	Geräuch. Rotwurst Pfd. 48 Pf.
ff. gefüllten Schinken Pfd. 90 Pf.	Geräuch. Lachs in Stücken Pfd. 75 Pf.

Prima junge Gänse Pfd. **58** Pf.
Prima Cassler Pfd. **70** Pf.

Heute Sonnabend:

Doppelte Rabatt-Marken.

Auf Credit

Komplette Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen. Einzelne Möbel Vollständige Betten Bunte Küchen Kleine Anzahlung

Möbel

auf Credit und Baar

Auf Credit

Komplette Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen. Einzelne Möbel Vollständige Betten Bunte Küchen Abzahlung wöchl. 1 Mark an

Größtes Möbel-Kaufhaus des Ostens
Inh. Richard Krumbek.

Frankfurter Allee 35
Ecke Samariter-Strasse.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante, fertige Herren-Moden.

Ersatz für Mass.

Mass-Anfertigung

feinste Verarbeitung. Garantie indeliverer Mtz.

J. Kurzberg,

Hauptgeschäft: Rosenthalerstr. 40/41, am Hakenmarkt.
Z. Geschäft: A. d. Jannowitzbrücke 1, 1.

Kein Waren-Kreditbank.

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59

Ecke Stalochreiberstraße. Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche Garderobe usw führen.

Extra-Abteilung verlässlicher gewasener Möbe Wöchentliche od. monat Teilzahlung gestattet

Billigste Bezugsquelle für **Monats-Garderoben.**

Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener, speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauanzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33

Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Billig! Reell!

Garderobe für Herren u. Knaben in größter Auswahl sehr billig

Robert Bohn

Berlin, Invalidenstr. 135
Laden u. I. Etage.
Maßanfertigung unter Garantie.

Feste Preise

Blendol

mit dem **Putzmännchen** putzt alle Metalle blendend blank und schmiert nicht

In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf., Blechl. zu 20, 30 u. 50 Pf. überall erhältlich.

Optal - Gläser

Kostenlos

prüfe ich Augen und Sehkraft mit Sorgfalt nach meiner bewährten Methode.

Ich garantiere für passende Gläser. Alle Beschwerden und Plagen beim Gebrauch von Augen-gläsern werden vermieden und beseitigt durch

Optal-Gläser.

Diese verhindern die Ermüdung und stärken die Sehkraft

Preis pro Paar Mk. 1.50.

Brillen und Kneifer

in Nickel von Mk. 1.-, in Electro-Gold von Mk. 2.50, in Double-Gold v. Mk. 4.50, in echtem Gold v. Mk. 10.- an

Mit Optal-Gläsern ca. Mk. 1.- mehr.

Optiker Ruhnke

Berlin S., Oranienstr. 47.

Von außerhalb verlange man meine Broschüren „Augen und Brille“ und „Optal-Gläser“ nebst Anweisung zur Selbstbestimmung genau passender Augengläser gratis und franko. Optiker Ruhnke, Berlin S., Oranienstr. 47.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung

(1. September 1905 bis 30. September 1907).

IV. Gesundheits- und Krankenpflege.

Einen hervorragenden Platz haben in den Verhandlungen der Berichtperiode die Besprechungen über die Fleischnot eingenommen, die sich zu einer schweren Gefahr für die Gesundheit der städtischen Bevölkerung zu entwickeln drohte und die keineswegs überwindlich ist, wie jede Hausfrau weiß. Wir wollen hier das statistische Material, das in reichem Maße zutage gefördert wurde, nicht näher besprechen; charakteristisch gerade für die gesundheitlichen Gefahren war der kolossale Zubrang zur städtischen Freibank, an der das Fleisch minderwertiger und kranker Tiere verkauft wird, nachdem durch geeignete Verfahren wenigstens die gefährlichen Krankheitskeime unschädlich gemacht sind. So schrieb im September 1905 die „Postische Zeitung“: „Als in den letzten Tagen ein Ochse und 18 Schweine auf der Freibank zum Verkauf standen, sammelten sich einige Laufend lauffähiger Personen. Die Polizei machte vergebliche Bemühungen, Ordnung in die immer wachsende Menge zu bringen. Es mußte die Feuerwehr mit Spritzen eingreifen, um des Andranges, bei dem natürlich die meisten ununterrichteter Sache heimkehrten mußten, Herr zu werden.“

Unmittelbar nach den Ferien des Jahres 1905 beantragten sämtliche Parteien eine Besprechung der Angelegenheit. Einig war man sich, daß die Grenzsperrung auf das unumgängliche Nötige beschränkt werden müsse, während sie bisher und ebenso jetzt noch fast ausschließlich zu gesundheitlichen Zwecken dazu benutzt wird, die Vieh- und Fleischzufuhr zugunsten der agrarischen Produzenten womöglich ganz hintan zu halten. Ebenso einstimmig verlangte man Ermäßigung beziehentlich Aufhebung der Zölle und die Einberufung eines Städtetages, der den Forderungen einen größeren Nachdruck verleihen sollte. Darüber hinaus verlangte unser Redner, daß die Gemeinde selbst der Fleischversorgung näher treten solle. Ebenso gut, wie sie minderwertiges Fleisch feilhalte, könne sie auch gesundes Fleisch ohne den Ausschlag des kleinen Zwischenhandels zum Verkauf stellen und dadurch mindestens dem Treiben der Schlächter Einhalt tun, die ihrerseits die Fleischnot zu unbilligen Aufschlägen benutzten. Des weiteren müsse man in Erwägung ziehen, ob der Besitz der Kielesfelder nicht die Möglichkeit biete, Schweinegütle in großem Maßstab zu treiben, zumal die Küchenabfälle der Großstadt hierbei eine zweckmäßige Verwendung finden könnten. Diese Forderungen fanden natürlich nicht den Beifall der Mehrheit — Herr Cassel bezeichnete sie als einen Schritt in den Zukunftsstaat. Sehr treffend belehrte ihn unser Redner über die Unmöglichkeit unseres Vorschlages: „Sie können sicher sein: je weniger Sie in der Lage sind, durch soziale Verbesserungen die Not der Arbeiterklassen zu mindern, desto eher kommen Sie zum sozialistischen Zukunftsstaat. Wenn Sie also den Zukunftsstaat vermeiden wollen, so können Sie nichts Besseres tun, als die in der heutigen Gesellschaftsordnung möglichen und nützlichen Einrichtungen zu schaffen. Wenn Sie dabei dem Problem der Fleischversorgung seitens der Stadt näher treten, so werden Sie ein gutes Werk tun, welches auch viel Leid zur Verlängerung Ihrer Gesellschaft beitragen wird.“ Auf Antrag des Magistrats wurde die ganze Angelegenheit einer gemischten Deputation überwiesen. Diese arbeitete eine sehr gute Denkschrift aus — positive Maßregeln wurden nicht ergriffen.

Im November 1906 verlangten alle Parteien von neuem eine Besprechung der Fleischnot; einstimmig wurde der Magistrat aufgefordert, bei den Staatsbehörden vorstellig zu werden, daß „mit Rücksicht auf die sich immer mehr steigende Forderung des Fleisches und die hieraus sich ergebende Schädigung und Verschlechterung der Volksernährung sowie die hierdurch herbeigeführte bedrohliche Notlage weiter Volksteile... insbesondere die Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch sofort geöffnet und die hemmenden Zollschranken beseitigt werden.“ Sehr energisch schilderte namentlich Herr Cassel das empörende Verhalten des inzwischen verdrifteten Hochadeln, nicht minder griff er den Fürsten Bülow an, der untätig zusehe. Der Oberbürgermeister gab eine Darstellung der Schritte, die seitens der Stadt Berlin sowie seitens des deutschen und des preussischen Städtetages bereits bei den Staatsbehörden getan seien — leider ohne jeden Erfolg; deshalb verspreche er sich auch nichts von erneutem Vorgehen. Solche Fragen, rief er aus, — und das mögen sich die Wähler merken, freilich in einem Sinne, der über das vom Oberbürgermeister gemeinte weit hinausgeht — solche Fragen können schließlich nur an den Wähltag erledigt werden!

Treffend wies unser Redner darauf hin, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht eine solche „Erledigung“ fast unmöglich mache. Uebrigens könne der Oberbürgermeister ja einmal im Herrenhause scharf vom Leder ziehen. Mit Freuden begrüßten wir die Rede des Herrn Cassel — hoffentlich zögen die Liberalen daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung, daß sie bei Stichwahlen gegebenenfalls für die Sozialdemokraten stimmen und niemals einen Zollwächter gegen einen Gegner des Volkswunders wählen. Früher als erwartet, konnte infolge der Reichstagsauflösung die Probe auf den Ernst der freisinnigen Donnerworte gemacht werden — der „untätige“ Bülow rief und gehorcht schweigen! Und lassen die Freisinnigen in zahlreichen Kreisen die Sozialdemokraten gegenüber den Kandidaten der Zollwächterparteien durchfallen! Ja mehr noch — auf dem diesjährigen Parteitage der freisinnigen Volkspartei beschloß man, von antizipatorischen Bestrebungen zurzeit Abstand zu nehmen, da ja die Zollfrage für lange Jahre erledigt sei! Wägen sich das die Wähler stets vor Augen halten und die ersten Fragen, wie an allen Wähltagen, so auch am 6. November durch Stimmabgabe für die Kandidaten der Sozialdemokratie „erledigen“.

Von den Bemühungen unserer Genossen im Rathaus auf dem Gebiete der Gesundheitspflege wollen wir nur auf ihre ständigen Anregungen zwecks Ausgestaltung der öffentlichen Plätze und Schaffung von Spielplätzen für die Jugend hinweisen, so beim Arminplatz, dem Platz am Urban, dem Postplatz u. a.; wenn unsere Anträge auch häufig abgelehnt wurden, so dürfen sie doch als früher oder später erfolgreich bezeichnet werden.

Den Uebergang zur eigentlichen Krankenpflege bilden die Fragen der Desinfektion und der Rettungsgesellschaft usw. Nach wie vor verlangen wir auch in dieser Berichtperiode wiederholt die Unentgeltlichkeit der Desinfektion nach Krankheitsfällen, sowohl im Interesse der unmittelbar Betroffenen, wie der Allgemeinheit — weil die Furcht vor den Kosten Verheimlichung von Krankheitsherden nach sich ziehen könne. Von einem bescheidenen Erfolg können wir diesmal insofern sprechen, als bei der letzten Stadtverordnetenversammlung der öffentlichen Plätze und Schaffung von Spielplätzen für die Jugend hinweisen, so beim Arminplatz, dem Platz am Urban, dem Postplatz u. a.; wenn unsere Anträge auch häufig abgelehnt wurden, so dürfen sie doch als früher oder später erfolgreich bezeichnet werden.

vorgeschlagene Regelung als eine provisorische zu betrachten und bis zum 1. November 1907 einer neuen Vorlage entgegenzusehen.

Die Frage der Krankenhauskosten wurde auch in dieser Berichtperiode mehrfach behandelt; das letzte Mal hatten wir mitgeteilt, daß der Antrag unserer Genossen, denjenigen, die in Berlin ihren Unterhaltungswohnsitz haben und ein Einkommen unter 3000 M. versteuern, für sich, ihre Frauen und minderjährigen Kinder im Bedarfsfall unentgeltliche Krankenpflege zu gewähren, wieder einmal einen Ausblick beschaffte. Der Grund war, abgesehen von der prinzipiellen Wichtigkeit dieser Forderung, einmal der häufige Verlust des Wahlrechts für solche, die mit Zahlung der Krankenhauskosten im Rückstande bleiben, dann der Gedanke, daß bei kostenloser Verpflegung das Krankenhaus öfter in Anspruch genommen und damit die Anstaltungsgefahr vermindert werde. Unser Antrag wurde im Ausschuss mit acht gegen zwei Stimmen abgelehnt; das gleiche Schicksal erfuhr er in der Versammlung, doch sollte bei den Reichs- und Landesbehörden der Versuch gemacht werden, zu erreichen, daß die Krankenhauskosten nicht den Verlust des Wahlrechts nach sich zögen. Im Januar 1906 teilte der Magistrat mit, daß er sich mit der Angelegenheit an den preussischen Städtetag gewandt habe und später mit der Versammlung in gemischter Deputation in weitere Beratung treten wolle.

Seit dem 1. Januar 1906 betragen die Krankenhauskosten für Erwachsene 2,50 M., für Kinder 2 M., für Auswärtige 3 M. und 2,50 M. Nun hatte 1904 die Mehrheit beschlossen, für außerhalb Wohnende die Selbstkosten in Anwendung zu bringen — dieser Beschluß hing mit den Forderungen der Vorortsgemeinden zusammen, auf die wir im zweiten Abschnitt unseres Berichtes hinwiesen. Im Januar 1906 kam dementsprechend eine Vorlage des Magistrats zur Verhandlung, nach der für die Erwachsenen von außerhalb 4,20 M., für Kinder 3,35 M. gezahlt werden sollte. Unser Redner beantragte natürlich aus dem II. Abschnitt angezogenen Gründen die Ablehnung. Zudem handelte es sich nur um eine Summe, die zwischen 40 000 und 60 000 M. geschätzt werde und infolge der sich mehrenden Zahl von Krankenhäusern in den Vororten nehme sie noch beständig ab. Der eingesezte Ausschuss kam denn auch zu einem ablehnenden Beschluß; ebenso die Versammlung trotz der Ausführungen des Redners der „Alten Linken“, der stärksten Partei. Um zu zeigen, mit welchen Argumenten diese Herzen arbeiten, wenn ihnen die Gründe fehlen, lassen wir einige Zeilen aus dem Stenogramm der Reden des Herrn Sonnenfeld hier folgen:

„Meine Herren, es ist unter uns und der Herr Kollege Antrich, der im Reichstag — Sie wissen es alle — geglaubt hat, sich stellen zu dürfen, die Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenversammlung schlechthin als Bierphilister zu bezeichnen. Meine Herren, glauben Sie, daß wir die Achtung beim Publikum, beim Magistrat, bei den Sozialdemokraten zu erhöhen imstande sind, wenn wir, weil die Herren es anders wollen, einfach umfallen?“

Uebrigens ist es noch keinesfalls ausgeschlossen, daß nicht schließlich doch noch die „Arztwinkelei“ zutage kommt, da, wie wir im Abschnitt II haben, der eingesezte Ausschuss sich auch mit der Krankenhauskostenfrage für Auswärtige zu beschäftigen haben wird.

Einen Triumph feierte die Sparsamkeit der Majorität doch noch auf diesem Gebiete. Trotz unserer energischen Bemühungen gelang es uns nicht, den im Juni 1906 gefassten Beschluß abzuwenden, wonach auch die Kinder von Berlinern in Zukunft 2,50 M. Krankenhauskosten pro Tag zahlen müssen. Vergeblich wiesen wir darauf hin, daß hierdurch wiederum die Gefahr vermehrt würde, daß durch verzögerte Inanspruchnahme der Krankenhauskosten die Anstaltungsgefahr sich vergrößerte, die Ausflüchte auf Heilung verringert würden, daß die Härte der Wahlrechtsentziehung noch verschärft würde — der Majorität genigte als Gegengrund, daß die Igl. Charitéverwaltung die gleiche Maßregel getroffen!

Mit besonderem Nachdruck nehmen wir uns stets der Stellung des Pflegepersonals an, nicht nur wegen dieser Leute selbst, sondern hauptsächlich im Interesse der Bevölkerung, die unsere Krankenanstalten aufsuchen muß. So protestierte unser Redner bei der Staatsberatung für 1907 energisch gegen die neue Gehaltsordnung für Jrenzpfleger; gerade für diesen Beruf mit seinen ersten und schweren Aufgaben wollten wir stets eine Besserstellung durchsetzen um ein gutes Personal zu haben und auf lange Zeit halten zu können. Nach der neuen Gehaltsordnung ist zwar das Anfangsgehalt erhöht, aber die Weihnachtsgratifikation fortgefallen und — was das schlimmste ist — die Höchstzulagen sind herabgesetzt worden! Selbst die Deputation für das Jrenzwesen hatte beschlossen: für die Pfleger 50 M. Anfangslohn, von Jahr zu Jahr um 5 M. steigend bis zum Höchstlohn von 90 M. und für die Pflegerinnen 30 M. Anfangslohn, von Jahr zu Jahr um 3 M. steigend bis zum Höchstlohn von 60 M. Dagegen setzte der Magistrat an: für die Pfleger Anfangslohn 45 M., Höchstlohn 75 M.; die Steigerungen erfolgen alle drei Jahre um 10 M.; für die Pflegerinnen Anfangslohn 30 M., Höchstlohn 48 M.; die Steigerungen erfolgen alle 3 Jahre um 8 M. Dabei erhielten schon bisher einzelne Pfleger 80 M. und dazu eine Weihnachtsgatifikation von 40 M. und darüber! Die Mehrheit lehnte unseren Antrag, wenigstens die von der Deputation vorgeschlagenen Sätze anzunehmen, ab und ließ es bei dem Ansatze des Magistrats bewenden. Wir haben dieses Beispiel hier ausführlicher behandelt, weil uns im Abschnitt zur Arbeiterfrage ähnliche Fälle häufiger begegnen werden.

Da es namentlich an guten männlichen Pflegern in den Krankenhäusern mangelt, beantragten wir im Jahre 1907 im Anschluß an die Abänderung der Satzungen für die städtische Schwester-schaft, baldmöglichst Ausbildungsstätten für männliche Pfleger und Wärter einzurichten; hierdurch erhofften wir eine Hebung des Berufes, die für Wärter wie Kranke gleich vorteilhaft wäre. Der Antrag wurde abgelehnt; man wolle über die Frage zunächst in der Krankenhausedeputation beraten — es scheint, als ob unsere Anregung doch — wenn auch erst später — Erfolg haben wird.

Mit Freude können wir feststellen, daß die von uns mit so viel Eifer durchgeführten Einrichtungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sich schnell eingelebt haben und allgemeine Billigung finden. Die vier Stellen, wo Mütter und Pflegemütter belehrt, Milch in guter Qualität und andere Nährpräparate teils unentgeltlich, teils zu niedrigen Preisen und stülende Mütter Geburtenstützungen erhalten, ohne daß die Zuwendungen als Armenunterstützung gelten, mußten um drei vermehrt werden. In den Anstalten in der Blumenstraße 78, Eissackerstraße 27, Gugenbagenstraße 7 und Luisenpark 50 sind noch solche in der Parkstraße 7, Grobberestraße 10 und Prenzlauer Allee 45 gekommen. Im Januar 1907 wurde eine Nachbewilligung von mehr als 80 000 M. für diese Einrichtungen angenommen und in den Etat für das kommende Jahr größere Mittel eingelegt. Gleichzeitig wurden 150 000 M. für die Einrichtung eines Säuglingsheims bewilligt.

Woge der Erfolge sowohl, wie die vielen vergeblichen Ansetzungen unserer Parteigenossen im Rathaus, die stets nur auf bequeme Erreichbares, aber für die nichtbestehenden Klassen notwendiges gerichtet waren, dazu beitragen, daß die aufgellarte Bevölkerung am 6. November nur für die Kandidaten der Sozialdemokratie stimmte!

Zur Kommunalwahlbewegung.

Die „Mitbürger im schlichten Arbeitskleid“, die sonst dem Berliner Stadtfreisinn nicht einen Pfifferling wert sind, kommen jetzt vor den Stadtverordnetenwahlen wieder zu Ehren. In den Wahlbezirken der

dritten Abteilung muß man mit ihnen rechnen, in vielen dieser Bezirke geben sie sogar den Ausschlag. Noch hat in Berlin der Freisinn sich in einigen Bezirken dritter Abteilung behauptet; auch von den sechzehn Bezirken, die an den diesjährigen Wahlen teilnehmen, sind noch drei in seinem Besitze. Die Freisinnigen möchten nicht nur diese drei Bezirke behalten, sondern sogar noch der Sozialdemokratie einige wieder abnehmen. Sie wenden sich jetzt mit ihren Flugblättern auch an die Arbeiterbevölkerung und umschmeicheln sie mit süßen Redensarten. „Mitbürger im schlichten Arbeitskleid“, so werden die Arbeiter in einem Flugblatt angedredet, das von den Freisinnigen im Südosten der Stadt in den Kommunalwahlbezirken 11 und 12 verbreitet wird.

Beide Bezirke sind im Rathaus durch Sozialdemokraten vertreten, die Freisinnigen wollen aber den Versuch machen, dort das verlorene Terrain wieder zu gewinnen. Am Donnerstag hatten die Freisinnigen eine Versammlung für beide Bezirke veranstaltet, in der sie ihre Kandidaten den Wählern vorstellen wollten. Durch das Flugblatt waren eingeladen worden „alle Wähler, die gewillt sind, die liberalen Kandidaten zu unterstützen, sowie diejenigen, die sich näher zu unterrichten wünschten“. Erst vor dem Versammlungsort wurden die Besucher durch Plakate am Hauseingang wie an der Saalür darauf aufmerksam gemacht, daß sie 20 Pf. Eintrittsgeld abzuladen hätten. Der Zweck dieser Maßregel war offenbar der, die „Mitbürger im schlichten Arbeitskleid“ möglichst von der Versammlung fernzuhalten. Die Versammlungsmacher fürchteten wahrscheinlich, daß diese Mitbürger dem Freisinn und seinen Wahlkandidaten allerlei unbequeme Fragen vorlegen könnten. Andererseits sah man wohl voraus, daß schwerlich ein Arbeiter den Wert der schön klingenden Versprechungen des Berliner Stadtfreisinn auf 20 Pf. taxieren und um diesen Preis „sich näher zu unterrichten wünschen“ würde. Die Voraussetzung war richtig. Die guten Leute, die in ihrem Flugblatt sich als den „freibeitlich und fortschrittlich gesinnten Teil der bürgerlichen Parteien“ anpreisen, blieben unter sich. Ohne Widerspruch konnten sie ihre Kandidaten aufstellen; für den 11. Bezirk einen Herrn Ensenhöfer, der als Kaufmann bezeichnet wurde, für den 12. Bezirk einen Herrn Schildbauer, der sich als Arbeiter empfahl. Beide gaben die übliche Erklärung ab, daß sie im Rathaus „für alle Klassen der Bevölkerung“ eintreten wollen. Wie sie es anfangen wollen, zu gleicher Zeit z. B. für Unternehmer und für Arbeiter, für Großindustrielle und für Kleinhandwerker, für Hausagrarien und für Mieter einzutreten, darüber schwiegen sie sich aus. Können sie jemals ins Rathaus hinein, so würden ihre freisinnigen Parteikollegen ihnen bald klar machen, daß ein richtiger Freisinnsmann vor allem die „steuerkräftigste“ Bevölkerung, die Unternehmer, Hausagrarien usw. zu schonen hat.

Mit welchen Mitteln für dieses Kandidatenpaar um Stimmen gewonnen werden soll, das lehrt der zweite Teil des Flugblattes. Er bedt sich wort- und buchstabengetreu mit einem kürzlich von der „Freisinnigen Zeitung“ veröffentlichten Artikel, der die dort beliebten Verdrehungskunststücke enthält. Der „freibeitlich und fortschrittlich gesinnte Teil der bürgerlichen Parteien“ schwingt gegen die Sozialdemokratie die Waffen, die dem berufensten Organ des Berliner Kommunalfreisinn gerade recht sind! Wir erwarten, daß alle wahrhaft fortschrittlich und freibeitlich gesinnten Wähler der dritten Abteilung am 6. November dem Berliner Kommunalfreisinn die Augen darüber öffnen werden, daß er in der dritten Abteilung endgültig abgewirtschaftet hat. Voraussichtlich werden die Freisinnigen diesmal in allen Bezirken dritter Abteilung sich an dem Wahlkampf beteiligen. Aber die werktätige Bevölkerung stimmt überall in Berlin nur für die Kandidaten der Sozialdemokratie, speziell im 11. Wahlbezirk für den Stadtverordneten Emil Voigt, im 12. Wahlbezirk für den Stadtverordneten Fritz Jubel.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Am heutigen Sonnabend findet in Schadow bei Zepernik im Lokal von Schulz ein sogenannter Arbeiter-Vollstamm; am gleichen Tage gibt die „Berliner Residenz-Bühne“ im Lokal „Livol“ in Tempelhofer Park, Berlinerstr. 50, ein Gastspiel. Wir weisen darauf hin, daß beide genannten Lokale der Arbeiter-Vollstamm nicht zur Verfügung stehen.

Die Lokalkommission. 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Sonntag, den 27. Oktober, früh 8 Uhr, findet für den 4., 9. und 10. Kommunal-Wahlbezirk eine Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus statt. Die Genossen der anderen Bezirke sind verpflichtet, sich an den Arbeiten zu beteiligen. Alle Anfragen, die Wahl und den Kreis betreffend, sind bis auf weiteres an Genossen Richard Köderig, S. 50, Plan-Ufer 92 E, IV, zu richten. Der Vorstand.

Am Sonnabend, 9. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Hofjäger-Palast“, Hofenstraße 52/53, ein Unterhaltungsabend statt, bestehend aus Konzert, humoristischen Vorträgen und Ball usw. Billets, inkl. Tanz 30 Pf., sind bei den Abteilungs- und Bezirksführern, Parteispeditionen und den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Am recht rege Beteiligung bitten. Das Vergnügungskomitee.

Dritter Wahlkreis. Morgen abend 6 Uhr in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59: Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen H. Ströbel: „Unser Kampf gegen Volks-entrechtung und Volksausbeutung“. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwartet. Der Vorstand.

Achtung! 29. und 41. Wahlbezirk. Sonntag, den 27. d. M., früh von 8 Uhr an Flugblattverteilung. Alle Genossen des 5. Kreises werden dringend ersucht, sich an den folgenden Stellen einzufinden: 1. 2. und 4. Abteilung bei Wohlfarth, Rosenfelderstr. 57. 5., 6. und 7. Abteilung bei Kurbis, Luisenstr. 26. Wir ersuchen, Mann für Mann zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Zehlendorf. Am Sonntag findet das Einsammeln der Abonnements-Einladungen für den „Vorwärts“ sowie der Beitritts-Erklärungen zum Wahlverein statt. Die Genossen treffen sich um 1/2 8 Uhr früh in folgenden Lokalen: I. Bezirk bei Witz Nied, Karlstr. 12. II. Bezirk bei Berger, Haupt- und Scharfstrassen-Ecke. III. Bezirk bei Benno Widien, Potsdamerstr. 25. IV. Bezirk im bekannten Lokal in Schlichtensee.

Friedrichshagen. Heute abend feiert der Arbeiter-Kadfabriker-Verein „Wanderer“ im Restaurant von Carl Conrad sein achttes Stiftungsfest. Da der hiesiger Kadfabriker-Verein „Comet“ ebenfalls heute im Restaurant Grotte sein Stiftungsfest feiert, werden die Parteigenossen ersucht, Billets zu diesen Vergnügen zuzuschicken.

Rosen. Sonntag, den 27. d. M., früh 1/2 8 Uhr, findet vom Lokal Schiml. aus eine Flugblattverteilung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Rögnitz-Wusterhausen, Wildau und Niederlehme. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die Hausagitation zur Erwerbung neuer „Vorwärts“-Koper und Wahlvereinsmitglieder am Sonntag, den 27. Oktober, früh 8 Uhr, stattfindet. Die Genossen von Rögnitz-Wusterhausen und Wildau treffen sich in Rögnitz-Wusterhausen bei Witte Lange, die von Niederlehme im früheren Bergerischen Lokale. Vollständige Beteiligung ist dringend notwendig. Der Vorstand.

